

FREIHEIT UND RECHT

Halbjahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Herausgeber: Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e. V.

Dezember 2014/2

Deutschland, einig Vaterland – Die geglückte Einheit

von Hans-Jürgen Grasmann

Am 17. Juni 1953 waren es die Deutschen in der DDR, die als erste gegen die sowjetische Gewalt aufstanden. Aus ihrem Protest gegen die Normenerhöhung erwuchs schließlich der Widerstand gegen die SED mit der Forderung nach freien Wahlen und der Einheit der deutschen Nation. Ab Sommer 1989 waren es die Abstimmung mit den Füßen und der Wille zur Selbstbestimmung und Freiheit, die zur Öffnung der Mauer führten. Die demokratische und friedliche Revolution beendete 36 Jahre nach der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstandes von 1953 die Herrschaft des SED-Regimes und ließ die DDR trotz ihrer gefürchteten Sicherheitsorgane wie ein Kartenhaus zusammenbrechen.

Nur wenige haben dies vorhergesehen. Überrascht von der Wucht der Ereignisse war nicht nur die Bundesregierung. Namhafte Vertreter der westdeutschen DDR-Forschung, die



Das Brandenburger Tor in Berlin – Symbol der Einheit. Foto: Thomas Wolf, www.foto-tw.de

jahrzehntlang mehr das Trennende als das Gemeinsame zwischen den Deutschen in Ost und West betont und kritische Analysen der DDR-Realität nicht zugelassen haben, waren zunächst eher sprachlos. In der westlichen Wissenschaft und Publizistik bestand die Neigung, in der angenommenen Stabilisierung des Regimes eine Voraussetzung für seine Liberalisierung zu erblicken. Manche Autoren beschrieben eine sich positiv entwickelnde demokratische sozialistische Gesellschaft.

Die rechtswidrigen und freiheitswidrigen Konstruktionsprinzipien der DDR fanden hingegen kaum Beachtung.

Einer der führenden Berliner DDR-Forscher hat noch 1988 behauptet, dass in der Ära Honecker die DDR an „innerer Stabilität“ gewonnen habe. Wenige Monate vor der „Wende“ beklagte derselbe Autor, dass das DDR-Bild in der Bundesrepublik trotz aller publizistischen, wissenschaftlichen und bildungspolitischen Bemühungen noch immer ein „Zerrbild“ sei.

Insbesondere der Unterdrückungsapparat des MfS kam bei einem beträchtlichen Teil der westdeutschen „DDRologen“ zu kurz. So wurden in den „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation“ 1972 dem „Untersuchungsorgan MfS“ nur wenige Zeilen gewidmet, ohne dass auf das Spitzelwesen, die flächendeckende Überwachung, die schrankenlose Kontrolle des Post- und Fernmeldeverkehrs, die Deliktstrukturen und die Geständnisproduktion und die menschenverachtenden Bedingungen in den MfS-U-Haftanstalten und Strafvollzugseinrichtungen, denen vor allem die politischen Gefangenen ausgesetzt waren, hingewiesen wurde.

Helmut Müller-Enbergs
**Das Lächeln
vor dem Aufruhr**

Seite 5

Volker Koop
**Georg Elser:
Der verkannte Held**

Seite 9

(Fortsetzung Seite 3)

Inhaltsverzeichnis

Hans-Jürgen Grasemann Deutschland einig Vaterland	Seite 1
Impressum	Seite 2
<i>Online-Angebot und Spendenbitte</i>	Seite 2
Helmut Müller-Enbergs Das Lächeln vor dem Aufruhr	Seite 5
Volker Kopp Elser: Der verkannte Held	Seite 9
Gerald Wiemers Karl Marchionini – Kriegsgegner und Sozialist	Seite 11
Sebastian Prinz Erinnerungskultur im Deutschen Bundestag	Seite 12
Bernd Lippmann Neues von Snowden?	Seite 14
Neuerscheinungen	Seite 16
Editorial	Seite 20

FREIHEIT UND RECHT *auch elektronisch*

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

gern senden wir auch die mit der gedruckten Ausgabe deckungsgleiche Online-Version unserer Zeitschrift. Bitte teilen Sie der Redaktion (E-Mail: barbara.szkibik@gmx.de) Ihren diesbezüglichen Wunsch und Ihre E-Mail-Adresse mit. Mitglieder des Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e.V. erhalten das gedruckte Heft in jedem Falle weiterhin. Falls die Sendung – gleich welcher Art – nicht wunschgemäß funktionieren sollte, unterrichten Sie bitte die Redaktion.

Dank an Leser und Autoren

Infolge beachtlicher Unterstützung durch die ohne Honorar arbeitenden Autoren und Spenden aus der Leser- und Mitgliedschaft ist es möglich, die traditionsreiche Zeitschrift aufrechtzuerhalten und dem Konzept einer kombinierten Auseinandersetzung mit den verschiedenen Feinden der Demokratie eine Stimme zu verleihen. Dafür sind wir dankbar! Ebenso dankbar sind wir für den Zuspruch aus Politik-, Geschichts- und Rechtswissenschaft sowie aus dem Kreise von Bundes- und Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Dringende Bitte um weitere Spenden

Bis auf Weiteres ist nur ein zweimaliges Erscheinen pro Jahr möglich, und auch dies nur, wenn die Spenden nicht nachlassen. Wir bitten erneut um viele kleine und gern auch größere Spenden, wo immer dies möglich ist.

Die Konto-Angaben lauten:

FREIHEIT UND RECHT,

Konto-Nr. 0107982496, BLZ 701 900 00,

**IBAN: DE59 7019 0000 0107 9824 96, BIC: GENODEF1MO1
Münchner Bank.**

Es grüßen freundlich

Herausgeber und Redaktion

FREIHEIT UND RECHT

**Halbjahresschrift für streitbare Demokratie
und Widerstand gegen Diktatur**

ISSN 05326605

Herausgeber: Dr. h.c. Annemarie Renger †
Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e. V., www.bwv-bayern.org
Vorsitzender: Dr. Helmut Ritzer, Kochstraße 21, 91054 Erlangen

Redaktion: Barbara Szkibik, E-Mail: barbara.szkibik@gmx.de

Druck: Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg.

Das Bezugsgeld ist bei den Mitgliedern des BWV-Bayern durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Mit dem Bezug unserer Vierteljahresschrift ist aber keine Mitgliedschaft im BWV-Bayern verbunden.

Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Mit dem Namen des Verfassers gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Fortsetzung von Seite 1

Karl Wilhelm Fricke, dem wir seit 60 Jahren ein objektives Bild von der Entwicklung, den Strukturen und den Aktionsfeldern des MfS verdanken, blieb die sarkastische Feststellung vorbehalten, dass das Ministerium für Staatssicherheit für die wissenschaftliche DDR-Forschung als Forschungsgegenstand erst entdeckt worden sei, als es nicht mehr existierte - „und solange es existiert hat, blieb es als Forschungsgegenstand uninteressant!“

Der systemimmanente Ansatz („kritischer Rationalismus“) begriff die DDR „als politisch soziales System sui generis.“ Dem damaligen Zeitgeist entsprach es, sie als eine neben anderen möglichen Formen der Organisation hochindustrialisierter Gesellschaften zu sehen. „Es wird akzeptiert, dass der umfassende Regelungsanspruch dieses Systems nicht totalitärer Willkür entspricht“, lautete eine der abwegigsten Bewertungen.

Völlig unkritisch wurde die durch die Agitprop-Abteilung im ZK der SED geschickt gestreute Falschbehauptung, die DDR sei die „10. Industrienation der Welt“ mit angeblich größerer wirtschaftlicher Leistungskraft als Großbritannien, freudig übernommen und ständig wiederholt, bis auch andere Publizisten für die Verbreitung der am Ende als unstrittig geltenden These sorgten.

Folgerichtig war für viele Wissenschaftsvertreter eine Wiedervereinigung nicht in Sicht. Der damals bekannteste DDR-Forscher Peter Christian Ludz, dessen wissenschaftliches Team die Materialien zu den Berichten der Bundesregierung seit 1971 erarbeitete, fasste 1974 die allgemein akzeptierte Annahme so zusammen: „Die realpolitische Beobachtung muss zu dem Schluss kommen, dass die beiden deutschen Staaten in der näheren Zukunft im wesentlichen getrennte Wege gehen werden. Es wird eine doppelte Zukunft Deutschlands geben.“

Die semantischen Begrifflichkeiten der bundesdeutschen DDR-Forschung sind inzwischen Makulatur geworden. Ihre verharmlosenden

Analysen erwiesen sich spätestens dann als „Schönfärberei“ - Kritiker sprachen sogar vom „Verrat der Freiheit“ oder von „Helfershelfern der SED-Diktatur“ - als die unvorstellbaren Umweltzerstörungen, die maroden Industrieanlagen, das Ausmass der Versorgungsengpässe und der verdeckten Arbeitslosigkeit, der vorangeschrittene Verfall der Städte und der Infrastruktur bekannt wurden und das Fernsehen über durch Abraumhalden, Abwasseranlagen und verseuchte Teiche erkrankte Kinder berichtete.

Das schonungslose und freimütige Fazit durch den ehemaligen Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, dass die DDR schon lange ein todkrankes System war, das an sich selbst gestorben sei, ließ viele der DDR-Experten schweigen.

Weil die DDR-Bürger ihren Staat zur Vergangenheit gemacht und den Weg zur Deutschen Einheit geebnet haben, ist die Freiheit für alle Deutschen selbstverständlich. Die Nation hat 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und der Grenzöffnung allen Anlass, mit Stolz und Dankbarkeit an die Demonstrationen Zehntausender DDR-Bürger in Ost-Berlin, Rostock, Schwerin, Stralsund, Magdeburg, Halle, Zwickau, Dresden, Plauen, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Erfurt und vielen anderen Städten und Gemeinden zu erinnern. Der Ruf „Wir sind das Volk!“ war über die Medien weltweit hörbar, als 75.000 Leipziger am 9. Oktober 1989 durch die Innenstadt zogen. Unvergessen sind die 120.000 Bürger, die am 16. Oktober 1989 über den Leipziger Dittrichring vorbei an der „Runden Ecke“ marschierten, wo die Mitarbeiter der MfS-Bezirksverwaltung handlungsunfähig saßen und nicht glauben wollten, dass das „Volk der DDR“ sich mehr und mehr seine Bürgerrechte aneignete und die obrigkeitstaatlichen Fesseln abstreifte.

Im Film „Nikolaikirche“ nach dem Roman von Erich Loest hat Peter Sodann als Stasi-General in ziviler Kleidung in seinem abgedunkelten Dienstzimmer in der „Runden Ecke“ seiner Hilflosigkeit Ausdruck verliehen: „Wir waren auf alles vor-

bereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete.“

Die noch immer beeindruckende Roman-Verfilmung von 1995 mit Ulrich Mühe als Pfarrer der Nikolaikirche war eine frühe Würdigung des 2014 verstorbenen unbeugsamen Pfarrers und Bürgerrechtlers Christian Führer. Mit seinem Roman hat Erich Loest Führer, der mit den Montagsgebeten Katalysator für die machtvollen Demonstrationen in Leipzig war, ein literarisches Denkmal gesetzt.

Keine wissenschaftliche Analyse hat den Charakter des totalitären Regimes der DDR besser entlarvt als die Fluchtbewegung. Bis Ende 1959 waren bereits 2,3 Millionen Menschen aus der DDR geflüchtet. Mit 331.000 Personen hatte das Jahr 1953 die höchsten Flüchtlingszahlen zu verzeichnen, die nur noch 1989 mit 344.000 Flüchtlingen und Ausreisenden übertroffen wurden. 1960, im Jahr vor dem Mauerbau, wurden 199.000 Flüchtlinge registriert. 155.000 Menschen hatten 1961 bis zum 13. August die DDR über die „offene Grenze“ in Berlin verlassen, allein im Juni und Juli jeweils 30.000. Es übersteigt auch heute noch jede Vorstellungskraft, dass binnen 60 Tagen zwei Städte mit 30.000 Einwohnern bevölkerungslos geworden sind. Eine Mehrheitsloyalität gegenüber dem SED-Regime hat zu keinem Zeitpunkt existiert, wie die Statistik von über 3 Millionen „Abgängen“ beweist.

Bekannt ist, dass 161.000 DDR-Bürger in der Zeit von Januar bis September 1989 Ausreiseanträge gestellt haben. Hingegen ist weniger bekannt, dass über 5.000 Flüchtlinge nach dem Mauerbau die Sperranlagen überwunden haben. Schätzungen zufolge sollen sogar 750.000 Menschen ernsthaft daran gedacht haben, einen Ausreiseantrag zu stellen. Die begründete Angst, dadurch den Arbeitsplatz zu verlieren, in das soziale Nichts zu fallen und den Kindern die schulische oder universitäre Ausbildung zu nehmen, hat viele davon abgehalten, die gesicherte Existenz einer ungewissen Zukunft wegen aufs Spiel zu setzen. Auch hatte sich herumgesprochen, dass „hartnäckige Ausreiseantrag-

Deutschland, einig Vaterland

steller“ und selbst jene, die stumm ohne das Tragen von Plakaten „Spaziergänge“ mit Gleichgesinnten unternahmen, zu unverhältnismäßig hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren. Als die Grenze noch dicht war, ging angesichts der rigorosen Strafverfolgung jeder, der öffentlich für Reisefreiheit, freie Wahlen oder Rechtsstaatsgarantien eintrat, ein unkalkulierbares Risiko ein. Letztlich hat der Mut unzähliger Menschen, ein selbstbestimmtes Leben, das frei von jeder staatlichen Bevormundung ist, gegen eine allgegenwärtige und allmächtige Staatsmacht durchzusetzen, dazu geführt, dass mit der Paralisierung von MfS und Volkspolizei der Machtverlust der Partei einher ging.

Bei der größten Demonstration in der Geschichte der DDR, als sich auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989 eine Million Menschen versammelten und über mehrere Stunden stimmgewaltig ihre Meinung zu den Reden von Markus Wolf, Gregor Gysi, Günther Schabowski, Rolf Henrich, der Schauspielerin Steffi Spyra („Die Losung für den 1. Mai: Die Führung zieht am Volk vorbei!“) und des jungen Schauspielstudenten Jan Josef Liefers und vielen anderen äußerten, wurde Basisdemokratie mit einem bis dahin nicht vorstellbaren Selbstbewusstsein geübt. Dass die Forderungen „Stasi in die Produktion!“, „Visafrei bis Hawaii“ oder „Rechtssicherheit ist die beste Staatssicherheit“ auch von vielen Mitgliedern der SED und der Blockparteien und Massenorganisationen unterstützt wurden, ließ die Auflösungserscheinungen sichtbar werden.

Diese Demonstration der Macht des Volkes war zweifellos das Signal für das Ende der von Egon Krenz erst kurz zuvor erklärten „Wende“ des SED-Regimes. Am 10. November 1989, nur 6 Tage später, fanden sich mehrere Hunderttausend Berliner aus West und Ost auf dem Platz vor dem Schöneberger Rathaus zur nächsten Großkundgebung ein. „Heute sind die Deutschen das glücklichste Volk auf der Welt!“ Mit einem Satz traf Walter Momper, der Regierende Bürgermeister von Berlin, die Stimmung der versammelten Menschen und der Millionen

Deutschen, die das Geschehen im Fernsehen ergriffen verfolgten. Eingegangen in die Geschichtsbücher aber sind Willy Brandts bewegende Worte: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört. Jetzt erleben wir, und ich bin dem Herrgott dankbar dafür, dass ich dies miterleben darf: die Teile Europas wachsen zusammen.“

Brandts Vision vom Ende der Spaltung Europas ist Realität geworden. Aber auch Helmut Kohls „blühende Landschaften“, oft genug dem Spott ausgesetzt, wurden Realität. Jeder, der von Usedom bis zum Vogtland oder von Frankfurt/Oder bis nach Marienborn gefahren ist, wird vom Ausbau der Straßen, des Telefonnetzes, von der Beseitigung der Umweltzerstörungen, von lebenswerten und attraktiven Städten und Gemeinden, von modernen Einkaufszentren und vom Wiederaufbau historischer Gebäude und von der Sanierung ganzer Stadtviertel berichten. Er wird mit Genugtuung feststellen, dass das Straßenbild im Osten Deutschlands kein anderes als in Deutschlands Westen ist und dass Schulen, Universitäten, Verwaltungen und Kliniken eine Modernisierung erfahren, haben, die sich niemand 1989/1990 vorstellen konnte.

Bürgermeister aus Nordrhein-Westfalen, Hessen oder Niedersachsen, die beim Besuch bei einem Ost-Kollegen neidvoll anmerken, dass ihr eigenes Rathaus in einem schlechterem Zustand als das des Kollegen in Thüringen oder Sachsen ist, erhalten beispielsweise in Gotha von Oberbürgermeister Knut Kreuch die schalkhafte Antwort: „Neue Anschaffungen bekommt man leider nicht auf alt getrimmt, sie sehen eben neu aus.“

Die Vereinigungskosten, deren Höhe vor allem Westdeutsche seit Jahren beklagen, dabei aber übersehen, dass beim Einbehalt des Solidaritätszuschlages alle Deutschen gleich behandelt werden, sind eigentlich „verspätete Kriegsfolgelasten, die nicht an die Sieger gehen, sondern in Deutschland verbleiben“, worauf Klaus von Dohnanyi überzeugend hingewiesen hat.

Die Deutschen sind in der Einheit angekommen. Seitdem die Freiheit von Angst vor dem Staat und die Freiheit von ideologischem Zwang selbstverständlich sind, ist es unsere vorrangige Aufgabe, der jungen Generation, für die die DDR Geschichte ist, durch schulische und politische Bildungsarbeit zu vermitteln, was eine Diktatur in Schule und Alltag bedeutet und welche Folgen für den Einzelnen eintreten, wenn die Grund- und Menschenrechte, die Gewaltenteilung und die Bindung des Staates an Recht und Gesetz entfallen. Deshalb ist die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur eine gesamtdeutsche Aufgabe und nicht allein Sache der Ostdeutschen.

Gewiss gehört dazu auch der Diskurs darüber, wie die vergangene DDR zu definieren ist, ob sie eine „Fürsorgediktatur“, eine „Konsensdiktatur“ oder „eine totalitär verfasste Diktatur“ war. Auch die Kontroverse, ob die DDR ein Unrechtsstaat genannt werden darf, wird nicht so rasch beendet sein.

Über solche Diskussionen, die die Beteiligten weiterhin aufregen werden, sollten wir nicht die großen und unschätzbaren Gewinne der Einheit vergessen, dass wir in Frieden leben und eingebunden sind in der Gemeinschaft der Europäer über die früheren Grenzen hinweg. Nicht jedem ist bewusst, dass damit zugleich die Nachkriegsordnung beendet und der Austritt Deutschlands aus der Zivilisation 1933 rückgängig gemacht worden sind.

„Deutschland, einig Vaterland“ haben die Plauener noch vor dem Fall der Mauer gefordert. Sie traten damit früher als alle anderen im Osten Deutschlands dafür ein, dass das Verfassungsgebot in der Präambel des Grundgesetzes von 1949, die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, erfüllt wurde und das Grundgesetz nunmehr für das ganze Deutsche Volk gilt.

Der Autor war Oberstaatsanwalt in Braunschweig und von 1988 bis 1994 stellv. Leiter und Sprecher der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter.

Das Lächeln vor dem Aufruhr

Die Demonstration am 4. November 1989 im Spiegel der MfS-Akten des Zentralarchives in Berlin-Lichtenberg

von Helmut Müller-Enbergs

Der 4. November 1989 hat einen soliden Platz im Buch der deutschen Geschichte. In der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) fand auf dem Alexanderplatz in Berlin eine genehmigte, aber nicht von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) organisierte Demonstration statt. Es ging um die Selbstverständlichkeit von Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Den Antrag von Schauspielern vom 17. Oktober 1989 auf eine solche Demonstration genehmigte die Staatspartei am 26. Oktober 1989. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bereitete sich gründlich darauf vor. Welche Spuren hinterließ das im Archivbestand? Dieser Frage wird im Weiteren anhand der ca. einhundert Überlieferungen nachgegangen.

1. Die Demonstration auf Film

Für die Bezirksverwaltung Berlin des MfS sind Videofilme überliefert, auf denen Personen am Palast der Republik während der Demonstration gefilmt worden sind.¹ Selbstredend wurden öffentliche Plätze während der Ansammlung gefilmt.² Ein Mitschnitt der Fernsehübertragung findet sich bei der ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe).³ Ein weiterer Videomitschnitt von diesem Tag bringt Wolf Biermann in einer Talkshow, aber auch ein halbstündiges Interview mit dem Sohn eines SED-Funktionärs.⁴

2. Die Demonstration im Bild

Während SFB und ZDF die Demonstration filmten, wurden sie von der Hauptabteilung VI (Grenzkontrol-



Demonstranten auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989. Foto: Bundesarchiv

len, Reise- und Touristenverkehr) fotografiert, wozu eine Fotodokumentation überliefert ist. Dazu gehören auch Bilder von der Grenzübergangsstelle Heinrich-Heine-Straße, wo Einreisende Plakate zu Reisefreiheit und Wahlen in der DDR mit sich führten und es auch festgehalten wurde, dass einem Mitglied des Bundesvorstandes der Grünen die Einreise verweigert wurde.⁵ Eine umfangreiche Fotodokumentation zur Demonstration erstellte die Hauptabteilung VII (Abwehrarbeit in Ministerium des Innern und Volkspolizei).⁶ Drei Fotomappen, die bei der Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, politischer Untergrund) erstellt worden waren, enthalten Bilder von der Demonstration, insbesondere zwischen Marienkirche und Palast der Republik, eine Dokumentation der mitgeführten Plakate sowie zu den diversen Rednern.⁷

3. Demonstration auf Tonträgern

Eine Kassette, die bei der Hauptabteilung XX aufbewahrt wurde, gibt das Diktat eines IM über die Demonstration wieder. Er äußerte sich positiv und beschreibt Transparente und Reden.⁸ Auf mehreren Kasset-

ten liegen Mitschnitte der gehaltenen Reden auf der Demonstration vor.⁹ Das Lagezentrum des operativen Diensthabendensystems, also der 24-Stunden-Dienst, wo Telefonanrufe eingehen, Meldungen aufbereitet und weitergegeben wurden, ließ offenkundig ein Tonband mitlaufen, sodass zumindest die Annahme begründet ist, eine 1:1-Situation des MfS dokumentiert vorzufinden.¹⁰

4. Die Demonstration im Bild der DDR-Medien

Bei der Hauptabteilung XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft) sind die Beiträge der Redaktion Monitor des Staatlichen Komitees für Rundfunk mit Blick auf die Demonstration in verschrifteter Form überliefert. Darunter etwa die Ausführungen von Wolfgang Schnur zur Demonstration.¹¹ Eine Reihe von Berichten

1 Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, Vi Nr. 25.

2 Vgl. BStU, MfS, BV Berlin, Vi Nr. 26.

3 Vgl. BStU, MfS, ZAIG, Vi Nr. 423.

4 Vgl. BStU, MfS, ZAIG, Vi Nr. 447. Ferner ebenda Vi Nr. 788.

5 Vgl. BStU, MfS, HA VI Nr. 588.

6 Vgl. BStU, MfS, HA VII Nr. 1205.

7 Vgl. BStU, MfS, HA XX, Fo Nr. 1021, 1379 und 1425.

8 Vgl. BStU, MfS, HA XX, Ka. Nr. 265.

9 Vgl. BStU, MfS, ZAIG, Ka Nr. 89, 333 und 510.

10 Vgl. BStU, MfS, ZOS, Tb Nr. 13–15. Vgl. hierzu die Rapportmeldungen der ZOS; ebenda, ZOS Nr. 642–44.

11 Vgl. BStU, MfS, HA XVIII Nr. 23011. Es liegen aus dieser Zeit auch Stimmungsberichte aus dem Staatlichen Komitee für Rundfunk vor; vgl. BStU, MfS, HA XX Nr. 12959.

fängt die Stimmungslage bei den Mitarbeitern des Fernsehens der DDR ein.¹² Ein Zeitungsausschnitt „Stasi in die Produktion“ ist gesondert unter „Parteiarbeit“ abgelegt.¹³

5. Vorbereitungen

Innerhalb der Hauptabteilung XX des MfS wird die Demonstration über Wochen eines der wichtigsten Arbeitsfelder gewesen sein. Sehr früh registrierte sie die Stimmung etwa auf einer Spartenversammlung Schauspiel des FDGB im Theater „Volksbühne“ am 2. Oktober 1989, dann jenes legendäre Treffen der Berliner Theaterschaffenden am 15. Oktober 1989 im Deutschen Theater, die Aktivitäten der Vorbereitungsgruppe am 26. Oktober 1989 sowie die Tagung am Folgetag in der „Volksbühne“.¹⁴ Die einzelnen Akteure behielt sie im Auge,¹⁵ teils sogar in Tagesberichten.¹⁶ Aus rekonstruierten Unterlagen des MfS ergeben sich Aufschlüsse über die Vorbereitung der Demonstration seitens der Kultur- und Kunschtchaffenden.¹⁷ Dabei stand die HV A (Auslandsaufklärung) offenkundig nicht abseits; sie konnte aus dem Bezirk Frankfurt/Oder mit Hilfe eines IM über einen Demonstrationsaufzug ebenso wie über eine Zusammenkunft des Neuen Forums im Bezirk berichten.¹⁸ Es muss daher nicht verwundern, wenn gezielte Überwachungen von Telefongesprächen eingeleitet wurden, deren Namen im Rückblick irritieren, wenn die Rede von „Gauckler 2“ bis „Gauckler 8“ oder „Gauckler 13“ ist, die als Protokolle überliefert sind.¹⁹ Faktisch war das die Domäne der Hauptabteilung III (Funkaufklärung, Funkabwehr).²⁰ Die Abhörprotokolle der „Quelle 1“ und „Quelle 3“ (Abhörstützpunkt Netzow) gingen in die Tausende und behielten im Auge, was zwischen Bonn und Berlin besprochen wurde.²¹ Die Abteilung 26 (Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung), die sich auf die akustische Teilnahme an Telefongesprächen spezialisiert hatte, brachte Kurzinformationen über die Planung der Demonstration ein.²² Bei Einzelnen, wie etwa bei Lutz Rathenow, wurde während der Demonstration das Telefon überwacht.²³

Den Aktivitäten Einzelner galt eine spezifische operative Betreuung, wie etwa Jens Reich, wie aus Unterlagen der Hauptabteilung II (Spionageabwehr) hervorgeht. Darin findet sich auch ein Schreiben des Neuen Forums zur Demonstration wie auch Verbindungen, die zu westlichen Botschaften und Journalisten unterhalten werden.²⁴ Das erschließt sich auch aus Erkenntnissen der Hauptabteilung XVIII, wo ein IMS „Gregor“ Informationen zur Planung der Demonstration und des diesbezüglichen Verhaltens des Neuen Forums, darunter Jens Reich, mit dem eigens ein Personalgespräch geführt worden war, beizusteuern wusste.²⁵ Die Beobachtung galt insbesondere dem künstlerisch-kulturellen Bereich und dessen Unterstützung oppositioneller Bewegungen, wie aus rekonstruiertem Schriftgut des MfS hervorgeht.²⁶

Die Mitarbeiter des MfS suchten, teils als Führungsoffiziere, das Gespräch, wie z. B. mit einem leitenden Angestellten des Staatsschauspiels in Dresden, der über das Theater-treffen in Berlin und die dortigen Debatten berichtete. Es ist auf einer Kassette aufgezeichnet worden.²⁷ Grundsätzlich mitgeschnitten wurden Telefonate, die beim MfS eingingen. Für die Tage vom 3. bis zum 5. November 1989 sind die Anrufe beim Offizier vom Dienst (OvD) des MfS auf Tonband dokumentiert.²⁸ Es gab offenbar auch ein Bemühen, im Vorfeld der Demonstration manche Restriktion zu lockern, wie etwa die Aussetzung der Einreisesperre für die Kölner Band „BAP“.²⁹

Selbstverständlich galt ausländischen Journalisten, die sich für die Demonstration akkreditieren ließen, besondere Aufmerksamkeit. In Sorge war das MfS auch vor links- wie rechtsextremistischen Aktivitäten während dieser Demonstration, worauf die Hauptabteilung XXII (Terrorabwehr) in ihren Lageberichten aufmerksam machte.³⁰

Im Großeinsatz befand sich auch die für Volkswirtschaft operativ verantwortliche Hauptabteilung XVIII. Sie fasste jeweils die Informationen aus den Bezirksverwaltungen auf ihrer Linie zusammen. Etwa aus Halle, wo es Angaben zum OV „Gra-

nulat“, zu den OPK „Projektant“, „Dünnband“, „Düse“, „Korruption“, „Großcousin“, „Bayer“, „Initiator“ und „Emission“ sowie zu den IM/GMS „Friedrich Otto“, „Elbe“, „Peter Sturm“ und „Jäger“ gab.³¹

Eine gewisse Sorge bestand in einer möglichen Einreise Wolf Biermanns am 4. November 1989 in die DDR,³² die dann gemeinsam mit Ralf Hirsch tatsächlich erfolgte.³³ Die Schlüssel-Dienst Einheit XX/4 fertigte einen gesonderten Maßnahmeplan für die Demonstration an.³⁴ Mithilfe von Abhörinformationen hielt sich die Hauptabteilung XX auch über Aktivitäten der neu gegründeten Sozi-

12 Vgl. BStU, MfS, HA XX Nr. 17354.

13 Vgl. BStU, MfS, HA XXII Nr. 598, Bd. 3.

14 Eine entsprechende zusammenfassende Information findet sich in BStU, MfS, HA XX Nr. 1179.

15 Vgl. Eine solche Information findet sich in BStU, MfS, HA XX Nr. 13430.

16 Vgl. Tagesberichte zur Durchführung der Aktion „Jubiläum 40“; BStU, MfS, HA XX Nr. 13433.

17 Vgl. BStU, MfS, HA XX Nr. 14147–14149.

18 Vgl. BStU, MfS, HA XX Nr. 21848. Es liegen auch die aktuellen Blätter der Umweltbibliothek für den 4. November 1989 vor; vgl. BStU, MfS, HA XXII Nr. 19780.

19 Vgl. BStU, MfS, HA XX Nr. 14693.

20 Vgl. BStU, MfS, HA III Nr. 43254–43256 und 43262.

21 Vgl. BStU, MfS, HA III Nr. 8654 und 8802.

22 Vgl. BStU, MfS, HA XX Nr. 2692.

23 Vgl. BStU, MfS, HA XX/9 Nr. 444. Hier auch BStU, MfS, HA XX/9 Nr. 1698.

24 Vgl. BStU, MfS, HA II Nr. 41646 und 45746.

25 Vgl. BStU, MfS, HA XVIII Nr. 23304.

26 Vgl. BStU, MfS, HA XX Nr. 13769.

27 Vgl. BStU, MfS, BV Dresden, Ka Nr. 144. Analog ein IM-Bericht für die Hauptabteilung VII; BStU, MfS, HA VII Nr. 388.

28 Vgl. BStU, MfS, BdL, Tb Nr. 102. Nicht alle konnten gespeichert werden, wurden aber in einem Nachweissbuch verzeichnet; vgl. ebenda, HA XXII Nr. 18384.

29 Vgl. BStU, MfS, HA XX Nr. 2674.

30 Vgl. BStU, MfS, HA XXII Nr. 6048. Dahin gehende Kenntnisse liegen auch in BStU, MfS, ZAIG Nr. 15620.

31 Vgl. BStU, MfS, HA XVIII Nr. 21861.

32 Vgl. BStU, MfS, HA XX Nr. 4315.

33 Vgl. BSU, MfS, SdM Nr. 609.

34 Vgl. BStU, MfS, HA XX/4 Nr. 2153.

aldemokratischen Partei in der DDR (SDP) orientiert.³⁵

Eine Aufstellung über Mitarbeiter der Hauptabteilung XXII gibt Auskunft darüber, wer am 4. November 1989 ab 6.00 Uhr bis auf Widerruf Dienst bei der Demonstration zu leisten hatte.³⁶

Die HV A wusste von einer geplanten Aktion am 4. November 1989, wonach an der Grenze eine „lebende Treppe über die Mauer“ gebildet werden sollte.³⁷ Der Hauptabteilung XXII lagen Hinweise zum Charakter der genehmigten Demonstration vor.³⁸ Die ZKG (Zentrale Koordinierungsgruppe) wusste von möglicherweise geplanten Ausschreitungen auf der Demonstration.³⁹

6. Interne Debatten

An erster Stelle stand freilich der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, der sich im Nachgang zur Demonstration äußerte.⁴⁰ Erwartungsgemäß löste die Demonstration innerhalb des MfS Diskussionen aus. Dies ist verschiedentlich belegt. Für die Hauptabteilung I ist das Diktatbuch eines Mitarbeiters der Äußeren Abwehr belegt, das Angaben zur Dienstberatung im Vorfeld der Demonstration enthält.⁴¹ Diese Hauptabteilung war in Sicherungsmaßnahmen eingebunden.⁴² Für die Hauptabteilung VI ist eine Lageeinschätzung zur bevorstehenden Demonstration überliefert.⁴³ Aus einem Aufzeichnungsbuch werden die Überlegungen ersichtlich, wie sie während einer Dienstbesprechung der Hauptabteilung VII des MfS aussahen.⁴⁴ Aus Arbeitsbüchern des Wachregiments des MfS über Dienstberatungen wird ersichtlich, dass auch das Wachregiment Festlegungen für die Demonstration erhalten hat.⁴⁵

Dem MfS lagen auch Kenntnisse über Beratungen der SED-Bezirksleitung Berlin zur Demonstration vor.⁴⁶

7. Sicherungsmaßnahmen

In den verschiedensten Institutionen fanden Überlegungen zur Einleitung von Sicherungsmaßnahmen während der Demonstration statt. Eine entsprechende Bewertung ist

aus dem Ministerium für Volksbildung überliefert.⁴⁷ Innerhalb der Abteilung N (Nachrichten) des MfS deuten Plandokumente, Koordinierungsberatungen und Protokolle auf eine gründliche Organisation von Einsatzverbindungen während der Demonstration.⁴⁸ Innerhalb der Zentrale des MfS in der Normannenstraße herrschte Hochbetrieb, wie aus den Aufzeichnungen eines Mitarbeiters der Hauptabteilung II ersichtlich wird. Dort finden sich nicht nur Angaben zum Einsatz selbst, sondern auch zum klaren Verbot des Gebrauchs der Schusswaffe.⁴⁹ Da sich das Ministerium zwar ein großes Stück, aber doch nicht allzu weit vom Alexanderplatz befand, gab es Pläne zur Absicherung des, wie es damals hieß, „Zentralen Dienstobjektes“ (ZDO) in Berlin-Lichtenberg – und natürlich auch der Demonstration selbst, die man in Unterlagen der Hauptabteilung II nachlesen kann.⁵⁰

Die diversen Diensteinheiten brachten ihre inoffiziellen Mitarbeiter in Einsatz. Bei der Hauptabteilung III, so die Überlieferung, ist noch der Gesamtquelleneinsatz zur Demonstration rekonstruierbar.⁵¹

Für die Hauptabteilung PS (Personenschutz) ist die Einsatzordnung Nr. 209/89 für die Demonstration überliefert.⁵² Ein besonderes Augenmerk lag während der Demonstration auch auf ausländischen Bürgern.⁵³ Aufzeichnungsbücher von Mitarbeitern der Hauptabteilung VII geben Auskunft über den Einsatz von Mitarbeitern des MfS während der Demonstration.⁵⁴ Ein gewichtiges Dokument für die Forschung dürfte der Lagefilm sein, der Auskunft über den IM-Einsatz während der Demonstration gibt, wie ihn die Hauptabteilung VII erstellt hat.⁵⁵ Die Festlegungen für die mit Ermittlungen betraute Hauptabteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung) während der Demonstration erschließen sich aus einem Arbeitsbuch über Dienstberatungen.⁵⁶ Analog die Einsatzkonzeption der Hauptabteilung XIX (Verkehr, Post, Nachrichtenwesen).⁵⁷ Ein neuralgischer Punkt war natürlich der Fernsehturm auf dem Alexanderplatz, wozu es entsprechenden Klärungsbedarf bei der Hauptabteilung XIX gab.⁵⁸ Eben

diese Hauptabteilung behielt die Lage im Blick, wie es sich um anreisende Demonstranten verhielt.⁵⁹

Von der HA XX/3 ist ein Arbeitsplan überliefert, aus dem die Vorbereitung auf die Demonstration seitens des MfS ersichtlich wird.⁶⁰ Dies geht insbesondere aus dem Maßnahmenplan, der Einsatzkräfteplanung sowie der Übersicht der Beobachtungspunkte der Hauptabteilung XX hervor, wobei es sich um Unterlagen handelt, die rekonstruiert worden sind.⁶¹ Leitungsunterlagen zur Demonstration finden sich gleichfalls bei der Hauptabteilung XX,⁶² dort auch der Entwurf für die geplanten Maßnahmen zur Sicherung dieses Dienstbereiches.⁶³

Es liegt auch ein Fernschreiben des Ministerrates der DDR an das MfS vom 3. November 1989 vor, der die Einrichtung der Dienstbereitschaft während der Demonstration vor-

35 Vgl. BStU, MfS, HA XX/AKG Nr. 2990.

36 Vgl. BStU, MfS, HA XXII Nr. 778, Bd. 4.

37 Vgl. BStU, MfS, HA XXII Nr. 1698, Bd. 3.

38 Vgl. BStU, MfS, HA XXII Nr. 5871, Bd. 19.

39 Vgl. BStU, MfS, ZKG Nr. 13380.

40 Vgl. BStU, MfS, HA III Nr. 8511.

41 Vgl. BStU, MfS, HA I Nr. 3291.

42 Vgl. BStU, MfS, HA I Nr. 15702.

43 Vgl. BStU, MfS, HA VI Nr. 20169.

44 Vgl. BStU, MfS, HA VII Nr. 473

45 Vgl. BStU, MfS, WR Berlin Nr. 1639.

46 Vgl. BStU, MfS, HA XX/AKG Nr. 5625.

47 Vgl. BStU, MfS, HA XX Nr. 21861.

48 Vgl. BStU, MfS, Abt. N Nr. 125.

49 Vgl. BStU, MfS, HA II Nr. 40104.

50 Vgl. BStU, MfS, HA II Nr. 40327.

51 Vgl. BStU, MfS, HA III Nr. 5148.

52 Vgl. BStU, MfS, HA PS Nr. 9929.

53 Vgl. BStU, MfS, HA VII Nr. 5601.

54 Vgl. BStU, MfS, HA VII Nr. 5886–5889.

55 Vgl. BStU, MfS, HA VII Nr. 5997.

56 Vgl. BStU, MfS, HA VIII Nr. 13015.

57 Vgl. BStU, MfS, HA XIX Nr. 464. Sie ist auch an anderer Stelle nachgewiesen; vgl. BStU, MfS, HA XIX Nr. 6285.

58 Vgl. BStU, MfS, HA XIX Nr. 3546.

59 Vgl. BStU, MfS, HAXIX Nr. 4836.

60 Vgl. BStU, MfS, HA XX Nr. 7831.

61 Vgl. BStU, MfS, HA XX Nr. 17133.

62 Vgl. BStU, MfS, HA XX/AKG Nr. 1465.

63 Vgl. BStU, MfS, HA XX/AKG Nr. 1632.

sieht.⁶⁴ Ebenso liegt die Anweisung des Ministers für Staatssicherheit zur Durchführung der Demonstration vor.⁶⁵ Hierzu gehören mehrere Ergänzungen des Maßnahmeplanes, zumindest ist die 3. Ergänzung zum Befehl 14/89 überliefert.⁶⁶ Ein bemerkenswertes Dokument dürfte die Besprechung beim Stellvertreter des Ministers, Schwanitz, zur Vorbereitung der Demonstration sein.⁶⁷ Ein Vorgang, der sogar die Hauptabteilung I des MfS (NVA und Grenztruppen) erreichte, denn auch ihr lag die Information über eine geplante Demonstration am 4. November 1989 vor.⁶⁸

8. Die Demonstration

Überliefert ist die Rede von Stefan Heym am 4. November 1989.⁶⁹ Noch während der Demonstration wurden von der Hauptabteilung XX/9, bei der wichtige Oppositionelle und Personen wie Gregor Gysi erfasst waren, IM-Berichte in Tagesinformationen eingesammelt.⁷⁰ Angaben zur Demonstration zwischen Mollstraße und Platz der Akademie enthält eine Unterlage der Hauptabteilung XX/9.⁷¹ Über die Einreise des ungarischen Redners auf der Demonstration, er war Mitglied der Jungen Demokraten in Ungarn, verfasste die Hauptabteilung XX/9 am 6. November 1989 einen Vermerk.⁷² Einen auf der Demonstration verteilten Aufruf des Neuen Forums findet sich abgelegt bei der SED-Kreisleitung des MfS.⁷³

9. Nachklapp

Diverse Dienstseinheiten und Parteiorganisationen des MfS erörterten im Nachgang die Demonstration. Auf der Mitgliederversammlung der Parteiorganisation 304 der Hauptabteilung VI war sie das Thema, wie aus mehreren Arbeitsbüchern hervorgeht.⁷⁴ Manch einer verlor während der Fernsehübertragung der Demonstration die Fassung, wie etwa ein Offizier an der Fachschule des MfS, dem Alkoholmissbrauch vorgeworfen wurde.⁷⁵ Die Hauptabteilung XIX dokumentierte ihren Ordnungseinsatz während der Demonstration.⁷⁶ Innerhalb der SED-Kreisleitung hatte die Demonstration gleichfalls einigen Stellenwert, wie entsprechende Be-



Die Schauspieler Ulrich Mühe und Johanna Schall sprechen auf der Abschlusskundgebung. Foto: Bundesarchiv

richte belegten; dort sind auch die Auffassungen von Mitarbeitern des MfS dokumentiert.⁷⁷ Insbesondere der in der „Freien Presse“, dem Organ der SED in Karl-Marx-Stadt, erschienene Artikel zu „Stasi in die Produktion“ berührte die Gemüter.⁷⁸

Überliefert ist der Bericht eines IM der HV A über die Demonstration, wobei zusätzlich in der entsprechenden Unterlage ein Telefoninterview mit Reinhard Schult über die Demo ebenso enthalten ist wie Lageberichte zur Aktion „Störenfried“, die sich auf die Kirche konzentrierte.⁷⁹ In einer Information stellte die Auswertungs- und Kontrollgruppe der Hauptabteilung XX die Reaktionen „feindlich-negativer Kräfte“ auf die Demonstration zusammen.⁸⁰ Einzelne Analysen aus den Bezirken Leipzig, Dresden, Rostock und Halle befinden sich ebenfalls dort.⁸¹ Über Aktivitäten des Neuen Forums und von Berliner „Autonomen“ während der Demonstration gibt ein Rapport der Hauptabteilung XXII Auskunft.⁸² Weitere Rapporte dieser Dienstseinheit berichten von anderen Demonstrationen am 4. November 1989 in der DDR, darunter eine Erklärung Hallenser Ärzte, die IM „Rudolf Berger“ an das MfS vermittelt hatte.⁸³ Der Wochenbericht der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS geht freilich auf die Demonstration ein, aber auch auf die Selbstmorde der 1. Sekretäre der SED-Kreisleitung in Bautzen und Köthen.⁸⁴

Der Autor ist Referent beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU). Daneben ist er Honorarprofessor an den Universitäten Odense (Dänemark) und Visby (Schweden). Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte sind Forschungen zu Inoffiziellen Mitarbeitern des MfS sowie zu Spionage und Nachrichtendienstpsychologie.

64 Vgl. BStU, MfS, SdM Nr. 51.

65 Vgl. BStU, MfS, SdM Nr. 2667.

66 Vgl. BStU, MfS, VRD Nr. 5911.

67 Vgl. BStU, MfS, ZAIG Nr. 11272.

68 Vgl. BStU, MfS, ZAIG Nr. 12624.

69 Vgl. BStU, MfS, HA XX Nr. 6757.

70 Vgl. BStU, MfS, HA XX/9 Nr. 55.

71 Vgl. BStU, MfS, HA XX/9 Nr. 1261.

72 Vgl. BStU, MfS, HA XX/9 Nr. 1874.

73 Vgl. BStU, MfS, SED-Kreisleitung Nr. 446.

74 Vgl. BStU, MfS, HA VI Nr. 21521. Darunter das Arbeitsbuch des Vorsitzenden der Parteikontrollkommission; vgl. ebenda, WR Berlin Nr. 1623.

75 Vgl. BStU, MfS, HA PS Nr. 11735.

76 Vgl. BStU, MfS, HA XIX Nr. 4663.

77 Vgl. BStU, MfS, SED-Kreisleitung Nr. 1153 und 1868.

78 Vgl. BStU, MfS, SED-Kreisleitung Nr. 2985.

79 Vgl. BStU, MfS, HA XX/4 Nr. 3481.

80 Vgl. BStU, MfS, HA XX/AKG Nr. 1135.

81 Vgl. BStU, MfS, HA XX/AKG Nr. 1493.

82 Vgl. BStU, MfS, HA XXII Nr. 5942.

83 Vgl. BStU, MfS, HA XXII Nr. 6012, Bd. 1; ferner ebenda, HA XXII Nr. 16568, Bd. 4; ebenda, ZAIG Nr. 14863.

84 Vgl. BStU, MfS, ZAIG Nr. 4599.

Georg Elser: Der verkannte Held

von Volker Koop

Für den Widerstand gegen Hitler standen lange Zeit allein - und für viele Menschen noch immer - die Attentäter vom 20. Juli 1944. Tatsächlich aber hat es eine Reihe weiterer Attentatsversuche gegeben, wobei an erster Stelle der des schwäbischen Schreiners Georg Elser zu nennen ist. Mithilfe einer selbstgebauten Bombe hatte er Hitler am 8. November 1939 im Münchner Bürgerbräukeller töten wollen. Doch Hitler hatte ausgerechnet an diesem Abend vorzeitig das Lokal verlassen und war dadurch mit dem Leben davon gekommen. Durch Elsers Bombe starben jedoch acht Menschen, sechzig wurden durch die einstürzende Decke des NS-Parteilokals verletzt. Noch am selben Abend wurde Elser verhaftet, zunächst von der Gestapo in München verhört und gefoltert und dann ins KZ Sachsenhausen eingeliefert. Dort erhielt er den Status als „persönlicher Häftling des Führers“. Kurz vor Kriegsende wurde er ins KZ Dachau gebracht und dort am 9. April 1945 ermordet.

Elser wurde am 4. Januar 1903 im württembergischen Hermaringen als Sohn eines Landwirts und Holz-



Georg Elser nach seiner Festnahme Nov. 1939.
Foto: Schweizerisches Bundesarchiv Bern

händlers geboren. Er absolvierte eine Schreinerlehre in Königsbronn und arbeitete als Geselle in einer Reihe von Betrieben. Im Dezember 1938 nahm er eine Stelle in der Armaturenfabrik Waldenmaier in Heidenheim an. Elser, der 1928 in den Roten Frontkämpferbund eingetreten war, beschloss für sich im Herbst 1938 die Beseitigung der nationalsozialistischen Führung, um dadurch, wie er später aussagte, den drohenden Krieg zu verhindern.

Der handwerklich sehr geschickte Elser besorgte sich an seinem Arbeitsplatz Presspulverstücke und entwarf einen Sprengsatz mit zwei Zündern. Als Ort des geplanten Attentats wählte er den Münchner Bürgerbräu-Keller, weil Hitler dort jeweils alljährlich an seinen missglückten Putschversuch vom 8. November 1923 erinnerte.

Der Einzelkämpfer Georg Elser nahm sich bei den Vorbereitungen Zeit, fuhr wiederholt nach München. Er prüfte Fluchtmöglichkeiten in die nahe Schweiz. Schließlich zog er sogar in die bayerische Landeshauptstadt um, scheiterte aber bei dem Versuch, eine Anstellung im Bürgerbräukeller zu erhalten. Stattdessen ließ er sich immer wieder nachts im Bürgerbräukeller einschließen, um eine Säule, die den Sprengkörper aufnehmen sollte, in mühevoller Arbeit auszuhöhlen.

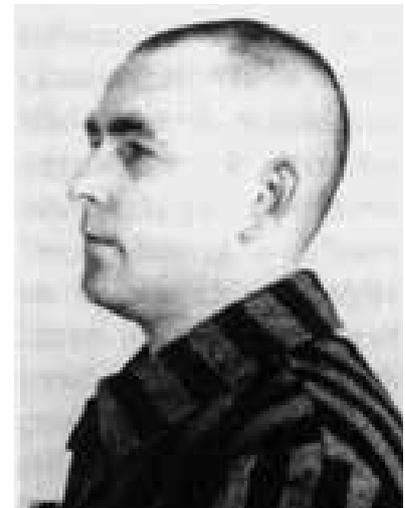
Am Abend des 8. November 1938 explodiert der Sprengkörper zwar wie vorgesehen, doch Hitler hatte den Raum vorzeitig verlassen; die Legende von seiner Unverletzlichkeit wurde damit geboren. Noch am selben Abend wurde Georg Elser in Konstanz von Zollbeamten festgenommen. Bei dem Versuch, in die Schweiz zu gelangen, hatten einzelne Gegenstände in Elsers Taschen ihren Verdacht erregt.

Zu dieser Zeit befand sich Hitler im Zug auf der Fahrt nach Berlin. In seinen Tagebüchern beschrieb Propagandaminister Goebbels, die Situ-

ation, als die Nachricht vom Attentat die Reisegesellschaft erreichte:¹ „In Nürnberg kommt eine Hiobsbotschaft, ich muss dem Führer ein Telegramm überreichen, nach dem kurz nach unserem Verlassen des Bürgerbräus dort eine Explosion stattfand. 8 Tote und 60 Verletzte. (...) Ein Attentat zweifellos von London erdacht und wahrscheinlich von bayerischen Legitimisten durchgeführt. (...) Der Führer und wir alle sind wie durch ein Wunder dem Tode entronnen. Der Führer hat im Gegensatz zu früher eine halbe Stunde früher angefangen und zeitiger aufgehört. Er steht doch unter dem Schutz des Allmächtigen. Er wird erst sterben, wenn seine Mission erfüllt ist.“

Elser wurde zunächst nach München gebracht, wo ihn die Gestapo im „Wittelsbacher Palais“ verhörte und folterte. Anschließend wurde er als „persönlicher Häftling des Führers“ nach Sachsenhausen verlegt, ins „Konzentrationslager der

1 Fröhlich, Elke, Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, Teil I, Band 3, 1.1.1937 – 31.12.1939, Eintrag vom 9. November 1939, S. 636f.



Georg Elser als Häftling der Gestapo.
Foto: Schweizerisches Bundesarchiv Bern

Reichshauptstadt“. Beim damaligen KZ-Lagerältesten Harry Naujoks ist darüber zu lesen:²

„Im Dezember 1940 erfuhren wir, dass im Zellenbau drei Zellen zu einem Komplex verbunden worden waren. (...) Elser wurde hier in einer Wohn-, einer Schlaf- und einer Arbeitszelle untergebracht. Die Gestapo führte ihn unter dem Namen ‚Eller‘. Er durfte mit niemandem sprechen. Zu seiner Bewachung wurden vier SS-Leute aus Oranienburg abgestellt. Elser bekam Sonderverpflegung, erhielt ein Radiogerät, einen Tisch mit Tischdecke und eine Vase mit Blumen, außerdem einen größeren Spiegel. In seiner Arbeitszelle wurde eine Hobelbank aufgestellt. Er soll ein geschickter Handwerker gewesen sein, Holzarbeiten für die SS-Leute hergestellt und sich auch mit dem Geigenbau beschäftigt haben.“ Die Bedeutung des Häftlings Elser wird auch daraus ersichtlich, dass ihn nach Aussage von Bunker Kalfaktor Paul Wauer selbst der Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, in Sachsenhausen besuchte.³

Aber gerade die vermeintliche oder wirkliche Vorzugsbehandlung führte dazu, dass sich schon während seiner Zeit in Sachsenhausen zahlreiche Gerüchte um ihn rankten und dass ihm später bitter Unrecht getan wurde.

Fest steht: Die Nationalsozialisten hatten Elser eine besondere Rolle zugeordnet. Auf der einen Seite sollte er als Hitlers „persönlicher“ Häftling niemals mehr die Freiheit erlangen. Andererseits sollte er in einem geplanten Prozess als Kronzeuge aussagen, dass er das Attentat im Auftrag des britischen Premiers Winston Churchill begangen hatte. Der katholische Theologe und Weihbischof Johann Neuhäusler schrieb später:⁴

„Man wollte Elser für einen großen Schauprozess nach dem Sieg aufsparen, in welchem Intelligence Service als Anstifter des Bürgerbräukeller-Attentats bloßgestellt werden sollte. Mit Elser waren hierfür schon alle Aussagen eingeübt worden. Aber als man erkannte, dass es mit dem Sieg Essig sei, der „Schauprozess“ also ins Wasser falle, musste der Mann,

der das Geheimnis des Attentats in seiner Brust trug, mundtot gemacht werden. Ein Bombenangriff sollte als Tarnung für die Liquidierung dienen.“

Diese Version hatte der Agent des Secret Intelligence Service (SIS) Sigismund Payne Best verbreitet, der selbst Häftling gewesen war. Ausgerechnet Pfarrer Martin Niemöller, ebenfalls Häftling, griff diese Darstellung auf und hat damit Anteil daran, dass die Bedeutung Elsers als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus über Jahrzehnte verkannt oder gar ignoriert wurde. Niemöller unterstellte Elser in einer Rede am 17. Januar 1946 sogar, der SS angehört zu haben:⁵

Er habe in Sachsenhausen und Dachau zusammen mit dem Mann in einem Zellenbau gesessen, der das Attentat im Bürgerbräukeller „auf Hitlers persönlichen Befehl“ durchzuführen hatte, meinte Niemöller. Elser sei SS-Unterscharführer gewesen und mit dem Attentat sollte ein zweiter „Reichstagsbrand“ durchgeführt werden. Nach dem Attentat seien im holländischen Gebiet zwei englische Offiziere verhaftet worden, die Elser als Anstifter benennen sollte, eben auch Sigismund Payne Best. Ähnliche Vorwürfe wurden auch in einem Beitrag in der Süddeutschen Zeitung erhoben.⁶

Vergebens bat Maria Elser, Mutter des Widerstandskämpfers, in einem Brief vom 13. Februar 1946 Niemöller um Auskunft über das Schicksal ihres Sohnes und wies alle Vorwürfe, er habe der SA oder der SS angehört, entschieden zurück.⁷ Niemöller aber beharrte auf seiner Version:⁸ „Dass Ihr Sohn zur SS gehört, ist mir schon in Oranienburg 1940 wie auch später in Dachau von SS-Angehörigen mitgeteilt worden. Er verkehrte mit ihnen auch durchaus kameradschaftlich und stand auf Du und Du mit ihnen.“ Am 9. Oktober 1951 räumte Niemöller ein, dass er Elser in Sachsenhausen niemals begegnet sei und in Dachau „einmal im Wachzimmer einige Minuten neben ihm gestanden“ hatte.⁹ Der Pfarrer Niemöller hatte sich unsägliche Gerüchte zu eigen gemacht.

Dies dürfte einer der Gründe dafür sein, dass Georg Elsers mutiges Ver-

halten lange Zeit nicht gesehen oder gar anerkannt wurde. Hinzu kommt jedoch auch – und wohl vor allem, dass es sich bei Elser lediglich um einen Handwerker, um einen Schreiner gehandelt hatte und nicht um einen Offizier. So wurden zwar schon frühzeitig Denk- und Mahnmale für die Widerständler vom 20. Juli aufgestellt und Straßen und Plätze nach ihnen benannt. Demgegenüber gibt es erst seit 1985 in Burgdorf bei Hannover eine erste Straße, die Georg Elser würdigt, und die Zahl der Denkmale hält sich weiterhin in engen Grenzen.

Elser steht zweifellos in einer Reihe mit Stauffenberg und den anderen Männern des 20. Juli. Es wird Zeit, dass dieses Wissen Allgemeingut wird.

Der Autor ist Publizist, lebt in Berlin und hat sich mit zahlreichen Sachbüchern in der Aufarbeitung des Nationalsozialismus engagiert sowie viel beachtete Bücher zur deutschen Nachkriegsgeschichte verfasst. Seine Bücher sind bisher u.a. ins Polnische, Tschechische und Japanische übersetzt worden.

2 Naujoks, Harry: Mein Leben im KZ Sachsenhausen 1936 – 1942, Berlin 1989, S. 222f.

3 Staatsarchiv München, Staanw 34475/2, Aussage von Paul Wauer vor dem Untersuchungsrichter beim Landgericht II, Plattling, 17. Juli 1951.

4 Siehe dazu: Neuhäusler, Johann: So war es in Dachau, München 1960, S. 33f.

5 Martin Niemöller. Rede vor der Evangelischen Studentengemeinde am 17. Januar 1946 in Göttingen, Autorisierte Nachschrift für die Göttinger Studentengemeinde, Göttingen 1946.

6 Süddeutsche Zeitung, Das Attentat im Bürgerbräukeller aufgeklärt. Hitler opfer-te ‚alte Kämpfer‘ zur Stimmungsmache, München, 22. Februar 1946.

7 Staatsarchiv München, Staanw 34475/2, Schreiben Maria Elser an Niemöller, Königsbrunn, 13. Februar 1946.

8 Staatsarchiv München, Staanw 34475/2, Schreiben Niemöller an Maria Elser, Büdingen, 23.

9 Staatsarchiv München, Staanw 34475/2, Aussage Niemöller vor dem Untersuchungsrichter beim Landgericht München II, Vernehmungprotokoll, Darmstadt, 9. Oktober 1951

Karl Marchionini – Kriegsgegner und Sozialist

von Gerald Wiemers

Er war unbequem, verfocht glühend seine sozialistischen Ideale und galt als ein guter, zuverlässiger Kamerad. In 16 selbstständigen Schriften und zahlreichen Artikeln in sozialdemokratischen Tageszeitungen hat er seinen politischen Standpunkt bekräftigt, die Lage der Arbeiterklasse vor und nach dem Ersten Weltkrieg analysiert und Pläne zur Sozialisierung der Landwirtschaft vorgelegt. Die Situation der Bauern und Landarbeiter in Ostelbien kannte er aus eigener Erfahrung besonders gut.

Marchionini wurde am 14. Juli 1875 in Heilsberg in Ostpreußen, einer katholischen Enklave im Ermland, als Sohn armer Eltern geboren. Er erhielt eine streng religiöse Erziehung. Nach dem Grundschulbesuch erlernte er den Beruf des Malers. Der strebsame junge Mann bildete sich weiter, soziale und freidenkerische Fragen beschäftigten ihn zunehmend. Der junge Autodidakt strebte zur Gewerkschaft und zur sozialdemokratischen Partei. Ende der 90er Jahre verfügte er über einen Bildungsstand, der ihm erlaubte, in der Redaktion der Königsberger Volks-Zeitung mitzuarbeiten, schon bald als Redakteur. Ausdauernd und zäh vervollkommnete er weiter sein Wissen. Marchionini war geschätzt unter seinen Kollegen. In der Königsberger Arbeiterschaft galt sein Wort. Er war geachtet, sprach oft auf sozialdemokratischen Versammlungen. Über viele Jahre wird er immer wieder zum Stadtverordneten gewählt. Im besonderen Maß fühlte er sich für das Schul- und Armenwesen zuständig. Ein Riesenspensum leistete er für die Landagitation. Das ostpreußische Junkerland, die Agrarfrage, interessierte ihn sehr. Davon zeugen zahlreiche Artikel in der „Neuen Zeit“, der Wochenschrift der SPD.

Karl Marchionini war seit 1897 verheiratet mit Auguste, geb. Domnik



Karl Marchionini, 1875 – 1926,
Foto: Michael Marchionini, Berlin

(1874-1936) in Rippen. Aus der Ehe sind fünf Kinder hervorgegangen, von denen Frieda noch am Tage ihrer Geburt starb (1901): Alfred (1899-1965), Helene (1902), Bruno (1906-1965) und Hildegard (1911). Alle sind in Königsberg geboren. Mehrfach wurde Marchionini für seine Überzeugung im Kaiserreich wegen sogenannter Pressevergehen zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt. Das hielt ihn aber nicht davon ab, seine sozialistischen Ideale weiter zu verfolgen.

Als der Krieg ausbrach, stand Marchionini konsequent und unerschrocken auf der Seite der Kriegsgegner. In der „Neuen Zeit“ erschienen seine ersten Antikriegs-Artikel. Er blieb bis zum Ende ein entschiedener Gegner dieses Krieges. Damit stand er nicht allein, aber doch im Gegensatz zum Vorstand seiner Partei. Aber auch die sozialdemokratisch geführte Königsberger Volks-Zeitung billigte mehrheitlich den

Krieg und die Kriegskredite. Es kam Ende 1916 zum Bruch, als Marchionini massiv gegen die Bewilligung der Kriegskredite auftrat.

Als der linke Flügel der SPD sich 1917 in der USPD neu organisierte, fand Marchionini hier ein neues Betätigungsfeld. Im September des gleichen Jahrs wechselte er an die Leipziger Volks-Zeitung, die in ihrer Organisationsform nicht unmittelbar der SPD unterstand und zeitweilig das Blatt der USPD war. Hier fand Marchionini ein ihm gemäßes Betätigungsfeld. Hier konnte er seine Argumente gegen das Völkermorden, soweit es die Zensur erlaubte, formulieren. In Leipzig entfaltete er eine breite publizistische Tätigkeit, die weit über seine Tätigkeit als politischer Lokalredakteur der LVZ hinausreichte. Seine satirischen Kritiken, häufig nachgedruckt, erschienen unter dem Pseudonym „Okuli“. Seine populären Flugschriften erreichten in ganz Deutschland hohe Auflagen (z.B. „Was ist Sozialismus“), ebenso die Broschüre „Gegen den Bolschewismus“, die den abweichenden Charakter der Bolschewiki vom Marxismus behandelt. Im Verlag der Leipziger Volks-Zeitung gab Marchionini eine Zeitschrift für die Agitation unter der Landbevölkerung heraus: „Der Landarbeiter“. Außerdem berief die Parteileitung der USPD Marchionini für ein halbes Jahr in die Redaktion der „Freiheit“. Er arbeitete außerdem für eine Reihe von Zeitschriften, wie für die Betriebsräte-Zeitung der Metallarbeiter oder für die Zeitschrift für Gemeinwirtschaft.

Seine scharfe, oft ätzende Kritik rief ihrerseits Kritik hervor, die sich unmittelbar auf seine Person bezog. So hieß es 1922 in der satirischen Zeitschrift „Der Drache“: „Marchionini kommt aus Königsberg, ein verbissener, hämischer, jenseits al-

ler Schöngestigkeit stehender Proletarier, den noch niemand wirklich lachen gesehen hat.“

Anfang Juni 1926 fand überraschend die Uraufführung von Karl Marchioninis satirisch-freidenkerischer Komödie „Das Recht der zweiten Nacht“ im Kleinen (Schauspiel-) Haus statt. Zu dieser Zeit war er aber schon schwer erkrankt. Die vielfach aufregende Arbeit hatte seinen Gesundheitszustand angegriffen. Sein ältester Sohn Alfred, selbst Mediziner, hatte ihn schon zwei Jahre zuvor bei Prof. Oskar Wandel (1873-1934), einem Spezialisten für Innere Medizin im St. Georg-Krankenhaus zu Leipzig untergebracht. Er behandelte Karl Marchionini jetzt wieder. Trotz aller ärztlichen Bemühungen erlag Karl Marchionini am 26. Juni 1926 seinem schweren Herzleiden.

Zur Trauerfeier am 30. Juni auf dem Leipziger Südfriedhof hatten sich zahlreiche Trauergäste eingefunden.

Es war eine Manifestation sozialdemokratischer Stärke. Der herausragende Leipziger und sächsische Sozialdemokrat Richard Lipinski (1867-1936) dankte dem Toten für seine treue Arbeit, Hingabe an die Partei und die Arbeiterbewegung. Marchionini sei „wie wenige ein Führer des Proletariats gewesen“.

In einer zeitgenössischen Würdigung heißt es: „Ein Kämpfer fiel. Ein Mensch ging dahin. Ein Mann von eiserner Charakterfestigkeit und unbeugsamem Willen. Offen und gerade ging er durchs Leben. Uner-schütterlich treu seiner Sache. Gütig und menschlich im Verkehr mit seinen Mitmenschen... So steht Karl Marchionini in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Sein Werk lebt fort!“

Nur wenige Wochen nach seinem Tode erschien sein letztes Werk: „Der Oberhofpredige als Freidenker“. Es ist eine Hommage an seinen

in Mohrungen geborenen ostpreussischen Landsmann, den Dichter Johann Gottfried Herder (1744-1803). In scharfer, analytischer Diktion kritisiert er die christliche Religion – bereits 1910 war das Ehepaar Marchionini aus der katholischen bzw. evangelischen Kirche ausgetreten – und entwirft ein Bild von Herders Pantheismus.

1938 wurden Karl Marchioninis Schriften von den Nationalsozialisten auf den Index der verbotenen Bücher gesetzt. Diese „Ehrung“ hat ihn später dennoch nicht vor dem Vergessen bewahrt.

Der Autor ist Historiker und Archiwissenschaftler. Seine Spezialgebiete sind Jugendwiderstand unter der Nazi- und SED-Diktatur sowie Wirken und Verfolgung jüdischer Wissenschaftler an der Universität Leipzig.

Erinnerungskultur im Deutschen Bundestag im Gedenkjahr 2014

von Sebastian Prinz

Das Gedenkjahr 2014, in dem sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum hundertsten und der des Zweiten Weltkriegs zum fünfundsiebzigsten Mal jährte, begann im Bundestag mit einer Feierstunde anlässlich des Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Wie in jedem Jahr fand Ende Januar aus diesem Anlass im Plenum des Bundestags eine Gedenkstunde statt. Redner war 2014 der russische Schriftsteller Daniil Granin. Der fünfundneunzigjährige Granin erlebte als junger Rotarmist die fast drei Jahre dauernde Belagerung und Aushungerung Leningrads durch die Wehrmacht. Siebzig Jahre nach dem Ende der Belagerung schilderte er eindringlich das tägliche Leiden der Menschen in der Stadt. Bun-

destagspräsident Norbert Lammert nahm in seinen Worten im Rahmen dieser Gedenkstunde die zeitgeschichtlichen Jahrestage des Jahres 2014 in den Blick, setzte sie in Beziehung zueinander und fragte nach einer gemeinsamen europäischen Gedenkkultur und Sicht auf das vergangene Jahrhundert: „Ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution in der DDR und dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen in Ost- und Mitteleuropa, der den Weg zu einer „Gesamt“-Europäischen Union bereitete, 75 Jahre nach dem deutschen Angriff auf Polen und ein Jahrhundert nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs, dieser „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“, stellt sich die Frage: kann es eine europäische Erzählung vom

blutigsten Jahrhundert in der europäischen Geschichte geben? Eine miteinander geteilte Erinnerung, die unterschiedliche Erfahrungen nicht relativiert, nicht nivelliert, die Verantwortung nicht verdrängt, die keine wechselseitigen Rechnungen aufmacht, weil diese weder dem Leid der einzelnen Opfer noch der Schuld der Täter gerecht werden können.“ Gast der Gedenkstunde im Juli zum hundertsten Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs, der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts (George F. Kennan), war der deutsch-französische Politikwissenschaftler und Publizist Alfred Grosser. Grosser, der als Kind von Emigranten in Frankreich aufgewachsen ist, hat sich schon unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs

und in den Jahrzehnten seitdem für die deutsch-französische Verständigung eingesetzt. In seiner Rede erklärte Grosser, heute dürften die Deutschen stolz sein auf ein „Vaterland, das sich nun, im Gegensatz zu 1914, auf die Werte Einigkeit und Recht und Freiheit beruft“. Grosser würdigte auch den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Er nannte ihn ein „Wesenselement der deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen“. Auch Lammert ehrte in diesem Jahr die Widerstandskämpfer, die am 20. Juli vor siebzig Jahrestag das Attentat auf Hitler durchgeführt hatten. Der Bundestagspräsident hielt dazu eine Rede bei einer gemeinsamen Veranstaltung der „Stiftung 20. Juli 1944“ und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Darin hob Lammert die Bedeutung auch des gescheiterten Widerstands als Voraussetzung und Grundlage für die Wiederherstellung des Ansehens Deutschlands in der Welt hervor. Der Widerstand sei auch Grundlage für das Selbstbewusstsein eines neuen, demokratischen, fest in Europa verankerten Deutschland.

Bei der Gedenkstunde im September aus Anlass des fünfundsiebzigsten Jahrestags des Beginns des Zweiten Weltkriegs sprach der polnische Staatspräsident Bronislaw Komorowski. Komorowski, der in den achtziger Jahren in der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarnosc* gegen das damalige Regime gekämpft hatte und inhaftiert war, hat sich schon in seinem vorherigen Amt als polnischer Sejm-Marschall (Parlamentspräsident) gemeinsam mit Lammert, der zu dieser Zeit schon Bundestagspräsident war, für die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland, insbesondere zwischen dem Sejm und dem Bundestag, engagiert. Wie schon bei vorangegangenen Anlässen, sprach Komorowski von einer guten deutsch-polnischen Schicksalsgemeinschaft nach dem Ende des Kalten Krieges. Mehrfach plädierte er in seiner Rede auch für eine deutsch-polnische Verantwortungsgemeinschaft für die Zukunft Europas. Deutschland als das größte Land der „alten“ Europäischen Union und Polen als das größte Land der neu beigetretenen mittel- und

osteuropäischen Staaten sollten heute Beispiel sein, „nicht nur darin, wie eine schwierige Vergangenheit zu überwinden ist, sondern auch darin, wie ein sicheres Europa für die nachkommenden Generationen aufzubauen ist.“ Die deutsch-polnische Versöhnung sei ein Wunder. Komorowski brachte auch seine Empathie für die deutschen Vertriebenen zum Ausdruck.

In Komorowskis Rede wurde deutlich, dass der ostmitteleuropäische Blick auf das 20. Jahrhundert besonders von der doppelten Diktaturerfahrung bestimmt ist. Dieser Sichtweise trug der Bundestagspräsident 2014 in einer gemeinsamen Erklärung mit seinem ungarischen Amtskollegen Rechnung. Zusammen mit dem ungarischen Parlamentspräsidenten Lászlo Kövér erinnerte er zum fünfundzwanzigsten Jahrestag der Öffnung des Eisernen Vorhangs durch Ungarn „an die Opfer der durch Staatsterror und Massenmord geprägten totalitären Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts“. Sie forderten dazu auf, den vom Europäischen Parlament zum „Gedenktag an die Opfer der stalinistischen und nazistischen Verbrechen“ erklärten 23. August stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Vor Grosser und Komorowski hatte im Mai schon Navid Kermani aus Anlass eines Ereignisses aus der Nachkriegszeit im Plenum des Bundestags gesprochen. Der iranisch-stämmige Orientalist und Schriftsteller hielt die Festansprache in der Feierstunde anlässlich des 65. Jahrestags der Verkündung des Grundgesetzes. Mit der Auswahl dieses Redners setzte der Bundestag ein Zeichen im Hinblick auf die Integrationskraft der grundgesetzlichen Ordnung auch für Zuwanderer und deren Nachkommen. Einige Jahre zuvor hatte Kermani in dem von Lammert herausgegebenen Sammelband „Verfassung - Patriotismus - Leitkultur“ geschrieben, er verehere und verteidige das Grundgesetz als eine der größten Errungenschaften der deutschen Geschichte. War Kermanis Rede in Teilen beinahe eine Liebeserklärung an das Grundgesetz und an das Deutschland, das nicht zuletzt durch das Grundgesetz zu dem Land ge-

worden ist, das es heute ist, so wurden andererseits Teile seiner Rede kritisiert, da Kermani Änderungen des Grundgesetzes angegriffen hat, insbesondere die Neuregelung des Asyl-Grundrechts. Gleichwohl bezeichnete die Wochenzeitung „Die Zeit“ Kermanis Rede als Sternstunde des Parlaments.

Die Gedenkstunden des Bundestags im Jahr 2014 haben erneut gezeigt, dass die deutsche Volksvertretung eine besondere und vorbildliche Erinnerungskultur entwickelt hat. Diese Erinnerungskultur ist vom derzeitigen Bundestagspräsidenten entscheidend mitgeprägt worden. Ein zentrales Anliegen ist für ihn eine nicht nur nationalstaatliche, sondern europäische Erinnerungskultur. Seine Position zur Erinnerungskultur hatte Lammert vor fünf Jahren in Überlegungen zum Gedenkjahr 2009 im Jahrbuch für Kulturpolitik wie folgt dargelegt: „Offizielle Gedenkpolitik sollte nicht in Beliebigkeit verfallen, sondern Jubiläumsergebnisse nach dem sie Verbindenden befragen. Nur so kann deren Botschaft aus der Geschichte nachhaltig wirken.“ ... „Das Gedenkjahr 2009 lädt uns gerade als Europäer dazu ein, nicht nur auf der Basis der leidvollen Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts, sondern auch und vor allem der erfolgreichen Verbindung von Einheit und Freiheit weiter an unserem gemeinsamen Gedächtnis zu arbeiten und an unserer gemeinsamen Zukunft.“ Die Gedenkstunden des Jahres 2014 im Bundestag haben einen Beitrag dazu geleistet, diesem Ziel näherzukommen.

Der Autor ist promovierter Politikwissenschaftler und arbeitet als persönlicher Referent des Generalvikars des Erzbistums Berlin.

Neues vom Snowden?

von Bernd Lippmann unter Mitarbeit von Steffen Leide

Seit Juni 2013 gibt es in wechselnden Abständen Neues vom Snowden. Die Zeitungen überschlugen sich im Sommer und Herbst 2013 gleichsam. Inzwischen ist die Snowden-Euphorie etwas abgeklungen, und tendenziell ist erkennbar: der Mann wird medial bald keine Rolle mehr spielen. Der Kern des Snowden-Spektakels: Er und seine Anhänger behaupten, amerikanische und britische Geheimdienste hätten „unterschiedslos und flächendeckend“ gleichsam alle Menschen elektronisch abgehört und somit unter Verdacht der Neigung zum Terrorismus oder sonstige Verbrechen gestellt. Einige Schwergewichtige seiner politischen Freunde wie etwa der Jurist Glenn Greenwald betonen gleichzeitig, dass die Arbeit der geheimen Dienste „an sich“ notwendig sei. Die Argumente der Snowden-Freunde in den USA unterscheiden sich in Teilen von denen seiner deutschen Bewunderer. Es ist aber festzustellen, dass auch in Deutschland die Bewertung des Snowden-Phänomens quer durch die gewohnten politischen Linien verschieden ist. Ganz rechts und ganz links sind sich die Kommentatoren aber einig, denn schließlich wird ihr alter Feind USA an den Pranger gestellt.

Medien- oder NSA-Skandal?

In keinem Land hat der Fall Snowden so viel Aufregung in den Medien ausgelöst wie in Deutschland. Ob diese Aufregung auch auf die Öffentlichkeit zutraf, ist nicht ganz klar. Jedenfalls kann man mittlerweile den Eindruck gewinnen, dass zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung ein großer Unterschied besteht. Ein Abhören der Kommunikationswege in Deutschland erscheint, wenn man den Medien glauben darf, vielen Menschen in Deutschland als höchst verwerflich - insbesondere wenn der Abhörer eine Institution der USA ist. Menschen, die dies ganz anders sehen,

sind in den Veröffentlichungen die Minderheit. So sagte ein ehemaliger Vize-Chef des Bundesnachrichtendienstes: „Es ist erstaunlich, wie viel Naivität und unreflektierte Empörung in der Debatte um Prism und Tempora emporkommen. Dabei geht es um Dinge, von denen die Sicherheit unserer Welt abhängt. Es ist ja nicht gerade eine revolutionäre Erkenntnis, wenn geheime Nachrichtendienste Nachrichten sammeln, die eigentlich nicht für sie bestimmt sind.“

Verlässliche Erhebungen, ob das Abhören der NSA in Deutschland jenseits der Medien als positiv oder als negativ angesehen wird, sind nicht verfügbar. Die meisten Menschen in Deutschland haben vermutlich ohnehin andere Probleme als die Aktivitäten der NSA, zum Beispiel die wachsende Kriminalität. Oder die Gefahren des Terrorismus, der bisher Deutschland im Wesentlichen verschont hat.

Snowden war bald der große Held in den Feuilletons. Ein Freiheitskämpfer, ein Enthüller der vermeintlichen Schandtaten amerikanischer Geheimdienste, ein Amerikaner, der aus patriotischem Pflichtgefühl die Fehler seines Landes anprangert. Bald war vom Ehrendoktor die Rede, vom Friedensnobelpreis gar. Nachdem das Rauschen im Blätterwald etwas nachließ, explodierte die Meldung, dass der Bundeskanzlerin Merkel Handy abgehört worden sei. Freunde höre man nicht ab, wurde dann lautstark moralisiert. Der Ton erinnerte verdächtig an das Geschwätz von der „Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“ und „unsere sowjetischen Freunde“, das Bewohner der DDR bis zum Abwinken ertragen mussten. Und die auf die USA gerichtete Neuauflage, noch dazu aus der Feder so mancher Journalisten, die keineswegs als Freunde der amerikanischen Politik bekannt sind, wirkte sozusagen erheiternd.

Leider scheinen auch hochrangige Funktionsträger der Bundesrepublik sprachlich politische Interessenidentität und persönliche Freundschaft zu verwechseln. Darüber hinaus strotzt die Berichterstattung zum Thema „Merkels Handy“ von Formulierungen wie „offenbar“, „vermutlich“, „soll“, „angeblich“, so als sei man sich der Sache keineswegs sicher. Genauso offenbar und angeblich ist in dem langen Interview mit E. Snowden, das die ARD veröffentlichte, von „bearbeiten“ und „überwachen“ die Rede, und nicht vom Abhören. Eine offizielle Bestätigung oder ein Dementi des systematischen Abhörens gibt es auch von amerikanischer Seite nicht. Dies ist auf dem internationalen politischen Parkett auch nicht üblich, selbst wenn dies einige Fachleute in parlamentarischen Gremien anders zu sehen scheinen. Die Kanzlerin verwendete ein recht altes Nokia-Handy vom Typ 6210, das nicht durch Krypto-Technik geschützt ist. Vermutlich wurde dieses Handy nicht gezielt abgehört, sondern im Rahmen einer Massendatenaufnahme mit registriert und dann eben als Kanzler-Handy identifiziert. Die öffentlich bekannt gemachte Zielerfassungskarte der NSA lässt solches als möglich erscheinen. Generell stellt sich mithin die Frage, was von dem in den Medien kolportierten Skandal eigentlich durch Äußerungen von Snowden belegbar ist. Eine andere Frage ist, wie das Snowdensche Material bewertet wird bzw. bewertet werden kann.

Um den eventuell eingetretenen Schaden in Gänze beurteilen zu können, müsste man wissen, welche Dokumente Snowden kopiert und nach Russland mitgenommen hat. Ob er selbst überhaupt in der Lage ist, dieses Datenkonvolut richtig zu interpretieren, ist darüber hinaus mehr als fraglich. Sein Freund Greenwald meint, Snowden hätte die Bedeutung der meisten dieser

Dokumente „offenbar“ sehr genau erkannt. Snowden hat Erkenntnisse aus den vergangenen Jahren (vermutlich um 2006) in die Öffentlichkeit gebracht, unklar ist, ob diese heute überhaupt noch Gewicht haben. Es handelt sich um Powerpoint-Vorlagen ohne Kontext, deren Nachrichtenwert schwer zu beurteilen ist. Auch das mit großen Erwartungen verbundene Buch „Die globale Überwachung“ von Glenn Greenwald aus 2014, in dem viele solcher PP-Folien abgedruckt sind, beantwortet diese Fragen nicht. Snowden war bei der Auswahl der Veröffentlichungen vorsichtig, er hat zum Beispiel keine Aktionen der US-Dienste unmittelbar gefährdet. Auch auf Verletzungen der Privatsphäre bezieht sich das Material nicht. Welche Wirkung aber mittelbar angenommen werden muss, ist derzeit nicht zu sagen. In den Medien ist immer wieder von vier Laptops die Rede, die er nach China und Russland mitgenommen hatte, obwohl Snowden selbst sagt, er habe keine Geheimdokumente nach Russland oder China gebracht. Die in Frage stehenden Daten hatte Snowden schlichtweg auf einem USB-Stick, was aber an der Bedeutung dieser Daten nichts ändert. Wozu Snowden mehrere Computer mit sich schleppte, ist damit auch unklar. Andererseits wird er mit den Spionagefällen Aldrich Ames und Robert Hansen verglichen, wobei behauptet wird, er habe mehr amerikanische Geheimnisse preisgegeben als diese. Belegbar ist auch das nicht.

Ein erhebliches Problem für die Bewertung durch Analyse der Quellen (Presse, TV, Fachzeitschriften) ist die häufige Verwendung des Konjunktivs. Und Formulierungen wie „offenbar“, „vermutlich“, „wie in Fachkreisen bekannt“ usw. machen das nicht leichter.

Fragen über Fragen...

In den ganzen Debatten wurden auch einige andere Fragen nicht beantwortet bzw. gar nicht gestellt:

Welches Motiv hat E. Snowden für sein Handeln? Verantwortungsbewusstsein oder Wichtigtuerei? Man müsste ihn fragen können. Und hier wäre „man“ ein Synonym für Mül-

ler-Meier-Schulze, nicht notwendig für Ströbele.

Wer verdient materiell an Snowden? Die Snowden-Freunde in den Medien, die Medien selbst?

Wer verdient politisch an Snowden? Putin? Spielt Snowden den nützlichen Idioten für Putin? Kann Russland ein Interesse am Begriff „Whistleblowing“ haben? Was sagt man im russischen Geheimdienst zum Fall Snowden? „Den Verrat liebt man...“, so heißt es. Sie wissen, wie das Zitat weitergeht.

Gibt es einen kausalen Zusammenhang zwischen der Snowden-Affaire und den Krim-Ereignissen?

Was hat E. Snowden verraten? Das weiß er vielleicht noch nicht einmal selbst.

Gibt bzw. gab es eine massenhafte Überwachung von Privatpersonen durch die NSA, wie von Edward Snowden nahestehenden Kommentatoren behauptet?

Was ist die Perspektive? In der Zeitschrift Israel Defense vom April 2014 heißt es: „The next Snowden case can be prevented.“ Das wollen wir hoffen.

Freiheit in Gefahr?

An dieser Stelle seien noch einige Diskussionslinien in den USA skizziert. William „Bill“ Binney ist ein brillanter Mathematiker und einer der besten Codeknacker der USA der letzten Jahre. Bis 2001 arbeitete er an leitender Stelle in der NSA. Nach seinem Ausscheiden trat er vor dem Kongress als Warner vor un gerechtfertigter Überwachung durch den Staat auf. Man stellte ihn mit dem Vorwurf des Verrats von Staatsgeheimnissen vor Gericht, und er wurde von den Anschuldigungen freigesprochen. Er vertritt die Meinung, Snowden hätte der Welt einen großen Dienst erwiesen. Bei einem Besuch im Stasimuseum Berlin sagte Binney, das Volk müsse immer wissen, was die Regierung tut, nicht umgekehrt. Die Aktivitäten der NSA sind für ihn ein Schritt in Richtung Totalitarismus.

Ein weiterer Whistleblower und ehemals hochrangiger NSA-Mitarbeiter, Thomas Drake, wurde gar mit dem Spionagevorwurf vor Gericht

gestellt, aber mit einer nur kurzen Strafe auf Bewährung wegen Missbrauchs von dienstlichen Geräten bestraft. Irgendwie klingt dies nach Rechtsstaat. Bedauerlich, dass sich Drake und Binney in Deutschland auch mit Leuten abgeben, die man mit dem Kampf um die Freiheit eher nicht in Verbindung bringen würde. Es sei noch angemerkt, dass nichts von dem, was Binney und Drake vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuss ausgesagt haben – zumindest soweit dies veröffentlicht wurde – etwas Neues enthielt. Wie soll man das den Steuerzahlern erklären?

Hinsichtlich des Themas Sicherheit sei auf die öffentliche Diskussion um die Hackergruppe „anonymous“ verwiesen, der es z.B. gelang, die Firma SONY zu attackieren. Sie lässt ahnen, dass vermeintliche Sicherheit eben genau dies ist - vermeintlich.

Daneben wird in den USA ein mögliches Paradoxon diskutiert, nämlich dass eine Massenüberwachung zur Terrorbekämpfung eher das Gegenteil bewirken könnte, etwa weil die eher unspezifische Datenflut gezielte Aktionen gegen Terrororganisationen behindert. Das Spektrum der Diskussion ist breit. Die in der Öffentlichkeit verbreitete Angst bezieht sich nicht ausschließlich auf den politischen oder wirtschaftlichen Bereich, sondern vor allem auf die Privatsphäre. Das durch Technik gegebene Potential der Zerstörung von Privatsphäre wird als im Widerspruch zur Liberalisierung und Individualisierung stehend empfunden. Der Ruf nach Sicherheit vor den staatlichen Sicherheitskonzepten ist insofern ein Ausdruck des Freiheitsbewusstseins. Eine klare Festlegung der Relation zwischen Schutz der Sicherheit und Schutz der Freiheit ist das Gebot der Stunde. Nicht nur in Amerika.

Die Autoren: Bernd Lippmann, Physiker, wurde 1975 aus DDR-Haft freigekauft und ist im Vorstand der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße (Stasi-Museums Berlin). Steffen Leide ist Historiker und Wissenschaftlicher Mitarbeiter ebendort.

Neuerscheinungen

Carl Schrade

Elf Jahre. Ein Bericht aus deutschen Konzentrationslagern

Hg. und kommentiert von Kathrin Helldorfer, Annette Kraus und Jörg Skriebeleit. Aus dem Französischen von Susanne Röckel. Flossenbürger Forum (Hg. von der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg/Stiftung Bayerische Gedenkstätten), Bd. 01, 336 S., 19,90 €.

Auftakt der Publikationsreihe Flossenbürger Forum der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg von Annette Kraus und Kathrin Helldorfer

Carl Schrades Erinnerungen bilden den Auftakt zum Flossenbürger Forum. Im Rahmen der neuen Buchreihe sollen sowohl wissenschaftliche Arbeiten publiziert als auch bislang wenig beachtete Berichte und Zeugnisse ehemaliger Häftlinge des KZ Flossenbürg und seiner Außenlager herausgegeben werden. Mit der wissenschaftlichen Edition von Carl Schrades Erinnerungsbericht „Elf Jahre“, der erstmals auf Deutsch erscheint, steht das Schicksal eines sogenannten Berufsverbrechers im Fokus, einer wenig bekannten und bis heute stigmatisierten Opfergruppe des Nationalsozialismus.

Der ehemalige KZ-Häftling Carl Schrade (1896-1974) verfasste kurze Zeit nach der Befreiung aus dem Konzentrationslager Flossenbürg einen eindrucksvollen Bericht über seine Haft. Bis 1934 musste er mehrere Haftstrafen wegen Eigentumsdelikten verbüßen, nach Ablauf der Haftzeit wurde er von der Gestapo zur „Kriminalprävention“ direkt in das KZ Lichtenburg eingewiesen. Es folgten die Konzentrationslager Esterwegen, Sachsenhausen, Buchenwald und zuletzt Flossenbürg, in dem er über sechs Jahre gefangen war.

Als Kapo im dortigen Krankenrevier konnte Carl Schrade viele Häftlinge vor dem Tod retten. Minutiös beschreibt Schrade die Gewaltexzesse der SS, erinnert an das Schicksal zahlreicher Mitgefangener und zeichnet detailgenau die schrittweise Systematisierung von Zwangsarbeit und Terror in den Konzentrationslagern nach. Zu Lebzeiten konnte Schrade keine Leserschaft finden. Auch eine finanzielle Entschädigung für elf Jahre Haft blieb ihm versagt. Für die Behörden galten „Berufsverbrecher“ in der Nachkriegszeit weiterhin als Kriminelle, die Anerkennung als Verfolgte des NS-Regimes blieb ihnen verwehrt. 2010 tauchte sein Manuskript

in Frankreich im Nachlass eines Mithäftlings auf. Mit der Publikation dieses Zeugnisses wird nun zum ersten Mal die Stimme eines als „Berufsverbrecher“ verfolgten NS-Opfers laut.

Torsten Oppelland/Henrik Träger

Die Linke. Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei

Baden-Baden 2014 (Nomos-Verlag), 263 S., 19,90 €.

Definiert sich eine Partei mehr über die Gesinnung und weniger über die Realität, so hat dies Folgen für ihre interne Entwicklung wie für ihre politische Resonanz. Diese Einsicht kann man – unabhängig von der jeweiligen Bewertung – gut anhand der Partei „Die Linke“ verdeutlichen. Sie gilt den Politikwissenschaftlern Torsten Oppelland und Henrik Träger als Klassen-, Regional-, Sammlungs- und Weltanschauungspartei. In ihrem Buch „Die Linke. Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei“ wollen sie die Frage in den Mittelpunkt stellen, „wie DIE LINKE mit diesem diffusen Charakter, mit der großen innerparteilichen Heterogenität und den verschiedenen historisch-kulturellen Traditionen umgeht und wie die innerparteiliche Willensbildung in einer solchen Partei funktioniert“ (S. 16). Deren Besonderheit bestehe darin, dass sie von der Regierungsebene auf nationaler Ebene und meist auch auf Länderebene ausgeschlossen sei. So habe sie sich im Sinne von Max Weber zu einer „Weltanschauungspartei“ entwickelt.

Um die Bedeutung dieses Gesichtspunktes zu veranschaulichen, gehen die Autoren zunächst ausführlich auf die historische und programmatische Entwicklung ein. Hierbei ist ihre Darstellung im Sinne einer Beschreibung ausgerichtet, eine genauere Analyse der inhaltlichen Positionierung etwa im demokratietheoretischen Sinne findet man dort nicht. Erst danach steht der interne Willensbildungsprozess im Zentrum des Interesses, wobei es nacheinander um die innerparteilichen Akteure, die Konflikte in einer ideologisch gespaltenen Partei und die Integration in einer ideologisch gespaltenen Partei geht. Oppelland und Träger machen drei Modi der Willensbildung aus: erstens, „eine von der Führung dominierte, mindestens aber stark beeinflusste Willensbildung“, zweitens, eine „Einigung auf ‚Formelkompromisse‘ in indirekten Verhandlungen zwischen den Parteiflügeln“ und drittens, „der offene Konflikt zwischen den Strömungen, der auf Parteitag immer dann eintritt, wenn die Führung schwach und die Parteilager (sich) nicht vorab auf Kompromisse“ (S. 180f.) einigen.

Danach behandeln die Autoren noch die Strategien und Wählerpotentiale der Partei: Dabei geht es zunächst um die Entwicklung der Wählerstruktur mit den Änderungen der sozialen Zusammensetzung. Dem folgend erörtern Oppelland und Träger die externen und internen Bedingungen für Wahlerfolge und –niederlagen. Und schließlich behandeln sie noch das Verhältnis zu SPD und Grünen als einziger Machtbeteiligungsoption. Bezogen auf ihren Status heißt es: „Integration ist insofern gegeben, als der damaligen PDS trotz ihrer Vergangenheit als SED-Nachfolgepartei nie die rechtliche Gleichberechtigung, etwa die Zulassung zu Wahlen und selbst die Position eines Bundestagsvizepräsidenten verwert worden ist. Negativ ist die Integration aber insofern, als sie damals von den meisten in der PDS nicht gewollt worden war, aber auch weil die Partei in den alten Ländern einschließlich der nationalen Politikebene bis heute als LINKE isoliert geblieben ist und nicht als politik- und koalitionsfähiger Akteur akzeptiert wird“ (S. 229).

Oppelland und Träger legen eine überaus informative und kenntnisreiche Arbeit zum Thema vor. Sie gliedern ihren Stoff systematisch, wodurch der Band auch den Charakter eines Nachschlagewerks erhält. Indessen bleibt ihre Fragestellung etwas unklar bzw. wird nicht konsequent umgesetzt. Eigentlich sollte es ja um die Willensbildung in der Partei gehen, dazu findet man aber nur ein großes Kapitel während zwei weitere große Kapitel anderen Themen (Geschichte, Wählerpotentiale) ohne direkten Bezug zur Willensbildung gewidmet sind. Reizvoll ist der einleitende Rekurs auf eine Auffassung von Max Weber, wonach die fehlende Teilnahme von Parteien an der Macht im Kaiserreich zur Herausbildung von Weltanschauungsparteien ohne politische Verantwortung geführt habe. Kann man diese Auffassung tatsächlich allzu einfach auf die Partei „Die Linke“ übertragen? Hierdurch erhalten ideologische Differenzen in der Tat mehr Raum. Indessen bleibt ein wenig unklar, welchen Erkenntnisgewinn bezogen auf Konsequenzen diese Einsicht bringt. *Armin Pfahl-Traugher*

Peter-Alexis Albrecht (Hrsg.):

Zeitströme. Lebenslinien im realen Sozialismus der DDR: Mitwirkung und Anpassung.

Schriftenreihe der Cajewitz-Stiftung Band 3.
Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2011,
339 S., 29,00 €.

Gelebtes Leben in der DDR

Nach dem Ende der DDR fällt es vielen Menschen schwer, sich zum eigenen Leben im „real existierenden Sozialismus“ – der nach Robert Havemann nicht der „wirkliche Sozialismus“ war – zu äußern, zumal wenn man versucht hat, eigene Ideale umzusetzen und mit deren Missbrauch durch die Parteiführung – „nicht durch die Partei“ – erleben musste. Zu Wort kommen in „Zeitströme“ nicht opponierende Bürgerrechtler, Widerstän-

dige und durch Staatssicherheit und Justiz verfolgte und inhaftierte politische Gegner, sondern ausschließlich in der DDR-Gesellschaft politisch Integrierte.

Von ihnen, die ihr Leben im Spannungsfeld zwischen Ideal und Anpassung schildern, erfährt der Leser, dass gerade die aktiv an der Gestaltung der Gesellschaftsordnung der DDR Beteiligten sich in einem Höchstmaß anpassen mussten. Die Befragten haben nicht in der „Nischengesellschaft“ gelebt, von der Günter Gaus vor Jahrzehnten gesprochen hat. Der Alltag war bestimmt durch enge familiäre Bande, privates Glück, berufliche Karriere und für manchen durch die Sicherheit, dass der Sozialismus garantiert, dass kein Faschismus mehr entstehen kann.

Bemerkenswert ist die Offenheit, mit der die Senioren Zwang und kleinbürgerlichen Mief beschreiben, welcher das Leben im autoritären Sozialismus zum großen Teil prägte. Darauf hinzuweisen, dass auch die autoritäre Gesellschaftsordnung der DDR sich nicht des Menschen in seiner Gesamtheit bemächtigt hat, soweit Freiräume sich auf das Privatleben beschränkten und nicht den Anspruch politischer Gegenmodelle eröffneten, ist aber auch ein Anliegen. Freilich kann den Einwand, dass man sich diese Möglichkeiten vielleicht auf Kosten Dritter verschafft hat, gerade der nicht entkräften, der im Schulwesen Karriere gemacht hat. Manche Schönfärberei in Gestalt von Erinnerungsoptimismus ist erkennbar, doch nimmt der Leser dies angesichts der lebendigen und immer wieder erstaunlich detailreichen Erinnerungen und Beobachtungen, verbunden mit informativen politischen und innergesellschaftlichen Bewertungen und Analysen, gern hin.

Wer sein Leben erzählt, kann kaum damit rechnen, dass andere ihm ausdauernd zuhören. Dem Herausgeber Peter-Alexis Albrecht, ein Kriminologe und Strafrechtswissenschaftler, ist es durch seine Auswahl der als Zeitzeugen befragten Senioren und durch seine Methode der Ermunterung zur freimütigen Offenlegung persönlichster Empfindungen gelungen, den Leser von einer baldigen Beendigung der Lektüre abzuhalten. Denn die privaten Erinnerungen werden mit politischen und historischen Ereignissen und Entwicklungen auf eine Weise verknüpft, dass dadurch ein sehr lebendiges und faszinierendes Geschichtsbuch entstanden ist.

Außer Stefan Wolles „Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971 bis 1989“ gibt es nur wenige Publikationen aus der Innenperspektive der DDR. Deshalb ist Herausgeber und Verlag zu danken, sehr persönliche Innenansichten einer Generation, die es bald nicht mehr gibt, vor allem jenen nahe zu bringen, die nur das Deutschland vom 3. Oktober 1990 kennen. Dass SED und MfS den Staat DDR mit einer Vielzahl von menschenrechtswidrigen Zwangsstrukturen und mit parteilichen Willkürmaßnahmen überzogen haben, bedarf keiner Begründung. Aber dass es in der DDR Menschen, die nicht zur Nomenklatura gehörten, mit gutem Auskommen und Freiheiten, die andere nicht hatten, gegeben hat, dürfte für nicht wenige neu sein.

Wer die DDR als seine Heimat ansieht und nach 1989 spürt, dass er als deutscher Jude seine Heimat ein zweites Mal verloren hat, kann Zustimmung erwarten, wenn

er sagt: „Ich habe nicht mehr die Hoffnung, dass unsere sozialistischen Träume in unserem Leben oder in eurem Leben noch einmal Wirklichkeit werden, aber vielleicht wird's später einmal doch noch gelingen. Deswegen möchte ich den Wünschen für meine Kinder und Enkel hinzufügen, dass sie bis an ihr Lebensende Träume haben sollen – durchzogen von realistischen Fäden – nach einer Gesellschaft, in der man nicht vor die Alternative gestellt wird, erziehe ich meine Kinder zur Brutalität oder erziehe ich sie zum Humanismus...“

Nachdem Rudolf Bahro 1977 „Es denkt in der DDR!“ ausgerufen hat, war später zu hören: „Wir denken nicht erst seit Gorbatschow.“ Diejenigen, die von den Ideen des Sozialismus überzeugt waren, äußern sich mit drastischen Worten über ihr seit den siebziger Jahren gestörtes Verhältnis zur Parteiführung der SED. Es sei „ekel-erregend“, wie Honecker sich als wunderbaren Chef habe feiern lassen: „Ich bin weggelaufen vom Fernseher, ich konnte es nicht mehr hören und sehen... Was haben wir uns aufgeregt über die Aktuelle Kamera. Die war doch zum Kotzen. Keiner aus unserer Parteigruppe war da anderer Meinung, und wir haben darauf gedrungen, dass unsere Meinung weitergegeben wird nach oben, dass etwas verändert wird...“

„Aus allen Biografien wird deutlich: Wenn eine Gesellschaftsordnung Freiheit auf Dauer unterdrückt, wird sie keinen Bestand haben können und dürfen. Der Missbrauch menschlicher Ideale führt zum Zerreißen des Lebensfadens, zur Desorientierung, kurz: ins menschliche Unglück. Ein System, das den Menschen derartiges abverlangt, verliert seine Legitimation.“ Die Gesprächseinleitung von Peter-Alexis Albrecht ist zugleich das Fazit eines im besten Sinne wundervollen Buches.

Dr. Hans-Jürgen Grasemann

Heinz Peter Brogiato und Bruno Schelhaas (Hrsg.)

„Die Feder versagt ...“ – Feldpostbriefe aus dem Ersten Weltkrieg an den Leipziger Geographie-Professor Joseph Partsch.

Mit einem Beitrag von Nicolas Ginsburger (Paris).
Leipziger Universitätsverlag 2014,
422 S., 69 Abb., 32 €

Zum Gedenken an den Ersten Weltkrieg

Ursächlich erscheint der Band anlässlich des Ausbruches des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren. Es ist ein Quellenwerk. Eine gemeinsame Exkursion hatte den herausragenden Leipziger Geographieprofessor Joseph Partsch (1851-1925) zu Pfingsten 1914 zusammen mit seinen Schülern ins Riesengebirge geführt. Partsch stammte aus Schreiberau (heute: Szklarska Poręba) und kannte sich dort bestens aus. Nur kurze Zeit später zogen diese Studenten als Soldaten in den Krieg. Für viele blieb ihr Professor die wichtigste Bezugsperson. So erfahren wir aus Ihren Briefen an Partsch viel über ihr Denken und Handeln. Die Zensur verhinderte allerdings kritische, allzu kritische Äußerungen über den Krieg. Manche artikulierten sich aber über den abstumpfenden Kriegsalltag

und waren dankbar für jede wissenschaftliche Schrift oder jedes Buch, dass ihnen der Professor zusandte. „Wenn man drei Jahre an der Front ist, muss man tüchtig kämpfen, um nicht der ‚Kriegsverblödung‘ zu verfallen“, schrieb Fritz Kyaw (geb. 1885), der in Ostgalizien, nahe der Bukowina lag. Zuweilen wich die Siegeszuversicht über den Kriegsausgang auch einer gewissen Skepsis. Der Glaube an eine künftige persönliche Perspektive ging zunehmend verloren. Die steigende Zahl an toten Kameraden ließ die Stimmung weiter sinken.

Brogiato und Schelhaas haben in den Band über 300 Briefe und Karten vereint, darunter auch solche der beiden Geographie-Professoren Franz Kossmat (1871-1938) und Albrecht Penk (1858-1945). Besonders verdienstvoll sind die ermittelten Lebensdaten der Schreiber und eine kenntnisreiche, kritisch abwägende Einführung mit einer eher vorsichtigen Würdigung des Adressaten: „Joseph Partsch scheint also nicht nur ein gediegener Wissenschaftler und brillanter Schriftsteller gewesen zu sein, sondern er sah sich als Lehrer und Vermittler seiner Wissenschaft.“ (S.15).

Das umfangreiche Archiv des Leibniz-Institut für Länderkunde, der Arbeitsstelle beider Herausgeber, kam ihnen sehr zu statten. Dort befindet sich der umfangreiche Nachlass von Joseph Partsch, sortiert in 34 Archivkästen.

Gerald Wiemers

Daniela Münkel

Herbst'89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Auswahledition

BStU, Berlin 2014, 191 Seiten, 27,99 €

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“

Die am 15. Juni 1961 verkündeten Worte Walter Ulbrichts werden wohl unvergessen bleiben. Sie stehen charakteristisch für einen 40 Jahre andauernden Unrechtsstaat, hinter und an dessen Mauern unzählige Existenzen zerstört wurden. Die Historikerin Daniela Münkel porträtiert 25 Jahre nach dem Mauerfall mit ihrem Sammelband „Herbst 89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung“ eben diese politische Realität. Eine Welt fernab des geliebten Trabbis, des heimischen Braunkohleabbauortes und der geschätzten Spreewaldgurke. Sie illustriert den Unrechtsstaat aus der Innenperspektive, indem sie die geheime Berichterstattung des Ministeriums für Staatssicherheit in den Monaten vor der Friedlichen Revolution im Jahre 1989 eruiert. Eben jene Berichterstattung, die „vermeintliches oder wirkliches oppositionelles Verhalten [...], Problemlagen in Wirtschaft und Versorgung sowie Statistiken zu Devisenumtausch, Ausreise- und Flüchtlingsfällen“ (Münkel 2014: 9) inkludiert.

Münkel identifiziert zum einen ideologisch geformte Thesen, zum anderen eine um Objektivität bestrebte Motivanalyse der Staatssicherheit. Diese reflektiert

die ambivalente Problematik in Gesellschaft, Ökonomie und Politik in ungewohnt nüchterner und rationaler Manier. Zugleich dokumentieren die Berichte „die ideologisch bedingten Wahrnehmungsverzerrungen der Staatssicherheit“ (Münkel 2014: 9). Dem Leser werden Impressionen in die Informationsquellen, die Informationsflut und die Untersuchungen zu den Entsaugungen des Systems durch verschiedene Trägergruppen und SED-Mitglieder offeriert. Er erhält einen Einblick in die umfangreichen Informationen über die oppositionelle Subkultur, ihre Schlüsselfiguren, Strategien und Konflikte sowie organisierte Aktionen. Darüber hinaus informiert die Herausgeberin über die Kritik, die sich in den Berichten der Staatssicherheit zunehmend wiederfindet. Die Berichte seien in den Herbstmonaten des Jahres 1989 durch einen qualitativen Unterschied zu den Berichten der Vorjahre gekennzeichnet. Aus dem Machtzentrum wurden erstmalig kritische Töne über die Innen- und Gesellschaftspolitik in der Deutschen Demokratischen Republik verzeichnet. Dabei expliziert Münkel die Ministeriumsverweise auf mögliche Handlungsoptionen zur vermeintlich effizienten Bekämpfung oppositioneller Gruppierungen. Zudem registrieren die Berichte solche Ursachen der Friedlichen Revolution, die ebenfalls von Historikern, Politologen und Soziologen genannt werden.

So ist die Einleitung logisch stringent und nachvollziehbar konzipiert. Die einzelnen Kapitel gewähren dem Leser einen ersten Eindruck in den umfassenden Kenntnisstand der Staatssicherheit über die Oppositionsbewegungen, ihre Handlungsempfehlungen an die Parteiführung und die Problematik ideologischer Verwurzelung. Damit erleichtern sie die anschließende Lektüre der ausgewählten Dokumente. Der angefügte tabellarische Anhang der Berichtsempfänger von September bis November 1989 bietet eine informative Darstellung der Personen und ihrer Funktionen. Im Kontext der Untersuchung Münkels unterstützen die Geburtsjahrgänge der Berichtsadressaten die interessante These des durch den Kalten Krieg geprägten Funktionärs.

Der integrierte Bildteil verfügt über wenig Aussagekraft. Hier versäumt es die Autorin, die einzelnen Fotografien entsprechend ihrer Begleitumstände zu kommentieren und somit eine bessere Einordnung der jeweils visualisierten Ereignisse zu ermöglichen. Konträr zum Bildteil dient die vereinzelte Abbildung originaler Berichte als wertvolle Illustration zur vollständigen Verinnerlichung der Thematik.

Im Hauptteil des Werkes sind die essentiellen Angaben der ausgewählten Informationen zunächst detailliert und strukturiert aufbereitet. Die vollständig übertragenen Originaldokumente der Staatssicherheit wirken allerdings zeitweise in sich ungeordnet. Ebenso wird der weitere Lesefluss durch zunehmend lange und verschachtelte Satzkonstruktionen in den Dokumenten erschwert. Gleichwohl gelingt es der Autorin an passender Stelle, umfangreiche Aspekte oder Aufzählungen zu gliedern und infolgedessen dem Leser einen schnellen und übersichtlichen Einblick zu gewähren.

Daniela Münkel zeichnet das innerperspektivische Porträt des oft diskutierten Geheimdienstes hinter den

Mauern der DDR, das sich als Quelle von weitreichend historischem Wert präsentiert. Diese kann als Bereicherung des wissenschaftlichen und politischen Diskurses eingeordnet werden. Die Historikerin widmet sich einer Thematik, die zum 25-jährigen Jubiläum des Mauerfalls keineswegs an Relevanz für die deutsche Geschichte verloren hat. Vielmehr trägt sie zur umfassenden Aufarbeitung und Erfassung des sozialistischen Einheitsstaates bei.

Carina Schatten

Andreas Förster (Hrsg.)

Geheimsache NSU. Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur

Tübingen 2014 (Klöpfer & Meyer-Verlag), 315 S., 22 €

Aufklärung der NSU-Morde zwischen Ungereimtheiten und Verschwörungsvorstellungen

Die Autoren des von dem Journalisten Andreas Förster herausgegebenen Sammelbandes „Geheimsache NSU. Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur“ wollen offene Fragen bei der Aufklärung der Neonazi-Verbrechen thematisieren. Dabei können sie eine Fülle von Ungereimtheiten und Widersprüchen benennen, neigen aber allzu sehr zu Spekulationen und Verschwörungsvorstellungen.

Bereits einige Wochen nach dem 4. November 2011 waren in Grundzügen die Taten des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) bekannt: Die rechtsterroristische Zelle hatte zehn Morde und zwei Sprengstoffanschläge begangen und war dabei jahrelang von den Sicherheitsbehörden nicht entdeckt worden. Indessen ergaben neue Detailkenntnisse immer wieder offene Fragen, die bis heute nicht überzeugend beantwortet wurden. So wirkt etwa die offizielle Auffassung, die NSU-Täter hätten eine Waffe in ihren Besitz bringen wollen, als Begründung für den Mord an einer Polizistin wenig überzeugend. Allein dieser Fall ist Grund genug für ein intensives und kritisches Nachfragen. Als ein Buch in diesem Sinne gibt sich der von dem Journalisten Andreas Förster herausgegebene Sammelband „Geheimsache NSU. Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur“. Dessen Autoren wollen sich gegen eine „staatsoffizielle NSU-Version“ wenden, wonach die „Theorie einer abgeschotteten dreiköpfigen Terrorzelle, wovon weder Freund noch Feind wussten“ (S. 11), bestehe.

Die 15 Beiträge des Bandes stammen meist von Journalisten, die einzelne Aspekte des NSU-Komplexes aufgearbeitet haben. Die ersten Aufsätze konzentrieren sich etwa auf den erwähnten Mord an der Polizistin, wobei zutreffend von einer „Geschichte mit vielen Unbekannten“ und „Ungereimtheiten“ (S. 18f.) gesprochen wird. Allein die Präsenz von Polizeibeamten mit rechtsextremistischen Organisationszugehörigkeiten im Umfeld der Tat macht deren intensive Aufarbeitung mehr als nur nö-

Editorial

Verehrte Leser von **FREIHEIT & RECHT,**

leider ist die vorliegende Ausgabe von FuR möglicherweise die letzte. Stark gestiegene Kosten, vor allem für den Vertrieb der Zeitschrift, sowie der zukünftige Wegfall der öffentlichen Förderung lassen ein weiteres Erscheinen der F&R im bisherigen Organisationsrahmen leider nicht mehr zu.

Der BWV-Bayern hat die Herausgabe der Zeitschrift nach der Auflösung des Dachverbandes ZDWV im Jahr 2010 unter schwierigen finanziellen Bedingungen alleine fortgeführt, die heutige Bürde aber ist so leider auch nach Abwägung aller möglichen Einsparmaßnahmen nicht mehr zu bewältigen.

Das Ende von FuR ist nur abzuwenden, wenn aus dem Kreis der Bezieher – über 2000 sind es – und der darüber hinausgehenden Leserschaft eine breite Unterstützung erwächst. Diese kann in Form einer Mitgliedschaft im BWV-Bayern, verbunden mit dem Mitgliedsbeitrag von 10 Euro pro Jahr oder für Nichtmitglieder durch eine Spende von 10 Euro pro Jahr erfolgen.

Darüber hinausgehende Spenden – auch von Mitgliedern – sind natürlich willkommen.

Der Vorstand des BWV als Herausgeber bittet daher alle Bezieher und Leser um eine möglichst zeitnahe verbindliche Bekundung ihrer Unterstützung

- durch Erklärung der Mitgliedschaft im BWV Bayern oder
- durch eine Spende bzw. Spendenzusage unter Angabe der Höhe der möglichen Zuwendung.

Dabei sind Mitgliedsbeiträge ebenso wie Spenden an den BWV-Bayern steuerabzugsfähig. Die benötigten Daten finden Sie auf S. 2 bzw. unter <http://www.bwv-bayern.org>.

Entsprechend der sich abzeichnenden Unterstützung wird der Vorstand über die Weiterführung oder die Einstellung unseres Organs „FREIHEIT und RECHT“ entscheiden.

Dringende Bitte: teilen Sie uns in jedem Falle Ihre Erreichbarkeit über Ihre email-Adresse durch ein formloses email-Anschreiben mit; sie ist für den BWV das einzige kostenlose und am wenigsten aufwändige Kommunikationsmittel.

Wir hoffen sehr auf Ihre Unterstützung und wünschen Ihnen allen ein gutes neues Jahr!

Für den Vorstand des BWV Bayern
Dr. Helmut Ritter

tig. Andre Beiträge gehen auf die bis heute ungeklärten Umstände der Anwesenheit eines Verfassungsschützers am Tatort des Mordes an Halit Yozgat 2006 in Kassel ein oder thematisieren Spuren einer Verbindung der toten NSU-Mitglieder in das Milieu von Kriminellen und Rockern hinein. Durch die meisten Texte hindurch zieht sich indessen der Vorwurf einer staatlich beabsichtigten und gelenkten Vertuschung, lauten doch Überschriften etwa „Mit der Hauptverhandlung vor dem Oberlandesgericht München soll das NSU-Problem beendet werden“ (S. 185).

Und genau in diesen Kontexten zeigt sich, dass es nicht wenigen Autoren des Sammelbandes leider weniger um echte Aufklärung, sondern mehr um spekulative Verschwörungsvorstellungen geht. Dafür haben die Sicherheitsbehörden indessen einige Ansätze geliefert, wozu auch das Fehlen von öffentlichen Stellungnahmen gehörte. So wird etwa im Text vom „Schreddern mit System“ (S. 234) bezogen auf Aktenvernichtung geschrieben. Derartige Ausführungen ignorieren aber, dass die Vernichtung von Vorgängen in Verwaltungen zum normalen wie vorgeschriebenen Arbeitsprozess gehört. Ob die seinerzeitigen Vernichtungen von Akten im Bundesamt für Verfassungsschutz auf „Dummheit“ oder „Konspiration“ zurückzuführen ist, kann angesichts der mangelnden Kenntnis um die genauen Hintergründe bis heute nicht gesagt werden. Dann sollten aber auch einschlägige Verschwörungsvorstellungen unterbleiben, welche ohne Belege diffuse Behauptungen streuen und eine „Gegen-Geschichte“ nicht belegen können.

Genau letzteres ist das Problem der meisten Beiträge des Bandes: Wenn es eine angebliche Schönschreibung oder Vertuschung des Staates gegeben hat, dann müsste diese doch aus bestimmten Motiven heraus erfolgt sein. Soll nun unterstellt werden, dass die NSU-Mörder selbst vom Staat gedeckt wurden oder gar in dessen Auftrag handelten? Kurz nach dem Bekanntwerden der Taten deutete so etwas gar die Qualitätspresse (etwa „Die Zeit“) an, aber auch hier ohne Belege für die Aussagen zu bringen. An Fußnoten mit Hinweisen auf die Informationsbasis für die jeweiligen Behauptungen mangelt es indessen auch im Sammelband „Geheimsache NSU“. Die darin enthaltenen Spekulationen und Verschwörungsvorstellungen tragen indessen gerade nicht zu einer nötigen Aufklärung von bestimmten Detailspekten bei. Einige Abhandlungen weisen durchaus nachvollziehbar und zutreffend auf Erkenntnislücken und Widersprüche hin. Die differenzierte Auseinandersetzung damit hätte mehr gelohnt als die ständige Präsentation eines „Entlarvungs-Pathos“ ohne klare Belege.

Armin Pfahl-Traugber